Zeitschrift: Zeitschrift für schweizerische Geschichte = Revue d'histoire suisse
Band: 7 (1927)
Heft: 3

Artikel: J.C. Bluntschlis Vermittlungspolitik in der Schweiz : 1839-1847
Autor: Stolze, Alfred
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-69121

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

J. C. Bluntschlis Vermittlungspolitik in der Schweiz. 1839—1847.

Von Dr. *Alfred Stolze*, München.

Vorbemerkung. Die vorliegende Arbeit behandelt nur die eidgenössische und, soweit dies in Frage kommt, die auswärtige Politik Bluntschlis und des nahe mit ihm verbundenen Rohmerkreises, zieht also seine kantonale Politik nur da heran, wo sie zum Verständnis der eidgenössischen dienen muß, zumal sie bis 1845 von Zimmermann schon weitgehend mitbehandelt ist. Ebenso kann hier auf Bluntschlis allgemeine politisch-soziologischen Ideen, auf seine juristischen Arbeiten, sein persönlich-privates Leben, sein Verhältnis zu Rohmer nicht näher eingegangen werden. Ich beabsichtige, in einem Buch über Rohmer und Bluntschli diese Dinge heller zu beleuchten und verweise zunächst auf die unten genannten Werke und zur schnellen Orientierung über Rohmer auf meinen Aufsatz « Der ‚Messias' Friedrich Rohmer und sein Kreis ». Zeitwende 1926, September-Heft, S. 295—308.

Die geschichtlichen Vorgänge in der Schweiz von 1839—1847 werden hier als im wesentlichen bekannt vorausgesetzt; ich bin jedoch bemüht, sie jeweils in kurzer Skizzierung ins Gedächtnis zurückzurufen. Bei der reichen Behandlung, die diese Zeit schon erfahren hat, darf von meiner Arbeit nicht das Zutagefördern ganz neuer historischer Tatsachen erwartet werden; ihr Ziel und ihren Wert erblicke ich vielmehr darin, daß sie uns das Wirken eines bedeutenden schweizerischen Politikers bis in Einzelheiten verfolgen läßt, es psychologisch aufzuhellen und manches schiefe Urteil darüber zu berichten versucht.

Die Arbeit gründet sich fast durchwegs auf noch ungedrucktes Material. Dieses entstammt dem Bluntschliarchiv (Bl.-A.), dem Rohmerarchiv (R.-A.), beide auf der Zentralbibliothek Zürich, dem übrigen Teil des Rohmer'schen Nachlasses im Besitz von Herrn Landgerichtspräsidenten Rohmer in Traunstein (N. Tr.), ferner dem Staatsarchiv Zürich (St.-A. Z.), wo besonders die Regierungsratsprotokolle (R.-R.-Pr.) in Frage kamen, dem Geheimen Staatsarchiv (G. St.-A.), dem Geheimen Hausarchiv (G. H.-A.), dem Oberbayrischen Kreisarchiv (O. K.-A.) München. Allen in Betracht kommenden amtlichen Stellen und Herrn Präsidenten Rohmer habe ich

für großes Entgegenkommen zu danken. Die hier mitgeteilten Briefe und Briefauszüge stellen natürlich nur einen kleinen Bruchteil des gesamten, in großem Umfang erhaltenen Materials dar. Ich gebe sie wortgetreu, aber in moderner Schreibweise und Zeichensetzung wieder.

An gedruckten Quellen kamen in erster Linie in Frage Bluntschlis « Denkwürdigkeiten aus meinem Leben ». Nördlingen 1884, 3 Bde. (Bl. D.), Friedrich Rohmers Wissenschaft und Leben. Herausgegeben von Seyerlen in Verbindung mit Bluntschli u. a. Nördlingen 1871—1892, 6 Bde., ein von Theodor Rohmer verfaßtes Werk « Dokumentarischer Abriß der Geschichte der liberal-konservativen Politik vom Jahre 1842 bis zum Jahre 1847 ». [Als Manuskript gedruckt.] Februar 1848. (Dok. Abr.), Bluntschlis anonym herausgegebene « Geschichte des Jesuitenkampfes in der Schweiz ». Zürich 1845 (Jesuitenkampf) und seine sonstigen Broschüren aus der Zeit (a. a. O.), verschiedene Veröffentlichungen von W. Oechsli, E. Blösch und F. Fleiner (a. a. O.), die Tagsatzungsabschiede (Eidg. Absch.), die « Verhandlungen des Großen Rates des Kantons Zürich » (Gr. R. Pr.), die Zeitungen (a. a. O.) und meine Veröffentlichungen « Briefe (Theodor Rohmers) über die politischen Verhältnisse der Westschweiz aus dem Jahre 1844 ». Blttr. f. bern. Gesch. und Altertumsk., XXI. Jg., April 1925, S. 83—128 (Th. Rohmer, Westschweiz) und « J. C. Bluntschlis Briefe an seine Frau von der Tagsatzung 1841 ». Zürcher Taschenbuch 1928, S. 149—171 (Bluntschli, Tagsatzungsbriefe).

Von zeitgenössischen und neuen Darstellungen führe ich hier als in erster Linie benützt an:

Carl I. Burckhardt, Der Berner Schultheiß Charles Neuhaus. Frauenfeld 1925. (Burckhardt, Neuhaus), Alexander Baumgartner S. J., Gallus Jakob Baumgartner, Landammann von St. Gallen und die neuere Staatsentwicklung der Schweiz. Freiburg i. Br. 1892. (A. Baumgartner), Gallus Jakob Baumgartner, Die Schweiz in ihren Kämpfen und Umgestaltungen von 1830—1850. Zürich 1853—1866, 4 Bde. (G. J. Baumgartner, Die Schweiz), E. Blösch, Eduard Blösch und dreißig Jahre bernischer Geschichte. Bern 1872. (Blösch), Johannes Dierauer, Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Bd. V. Gotha 1917. (Dierauer), P. Feddersen, Geschichte der Schweizerischen Regeneration von 1830—1848. Zürich 1867. (Feddersen), Ernst Gagliardi, Alfred Escher. Frauenfeld 1919. (Gagliardi, A. Escher), Else Gutknecht, Die Diplomatie des Auslandes in der Schweiz während der Zeit des Sonderbundes. Schw. Stud. z. Gesch.wiss., IX. Bd., Heft 3, Zürich 1917. (Gutknecht), Bernhard Ritter v. Meyer, Erlebnisse des Bernhard Ritter v. Meyer. Wien und Pest 1875, 2 Bde. (B. v. Meyer), Alfred Stern, Geschichte Europas von 1830—1848. III. Bd., Stuttgart und Berlin 1911. (Stern), Anton v. Tillier, Geschichte der Eidgenossenschaft während der Zeit des sogeheißenen Fortschritts. Bern 1854—1855. (Tillier), W. Zimmermann, Geschichte des Kantons Zürich vom 6. September 1839 bis 3. April

1845. Schw. Stud. z. Gesch.wiss., VIII. Bd., Heft 3. Zürich 1916. (Zimmermann).

Weitere Literatur s. die Anmerkungen.

Hinter Kämpfern, Siegern wie Unterliegenden, stehen die Gestalten im dunkleren Schatten des Hintergrundes, die vor dem Kampfe und während desselben erfolglos um seine Verhütung oder frühere Beendigung gerungen haben. Der Sieger freut sich der Verachtung dieser Ohnmächtigen, die ihm den Kranz um des Friedens willen vergeblich zu entreißen trachteten, der Unterlegene denkt ungern und immer schmerzlich berührt der nicht ergriffenen Hände, die ihn vor Niederlage und Untergang vielleicht hätten retten mögen. Und selbst der objektive Geschichtsschreiber vermeidet am liebsten eine Untersuchung darüber, was geschehen wäre, wenn ...

Hinter der Frage nach den Schuldigen am Weltkriege ist die nach den «Unschuldigen», eben den Männern, die heiß sich bemühten, ihn zu verhindern oder durch Verständigung abzubrechen, sehr zurückgetreten. Und doch sollte ihre Geschichte ebenso geschrieben werden wie die des Krieges selbst.

Im Kleinen steht's dabei wie im Großen. Der schweizerische Sonderbundskrieg, in seiner militärischen und strategischen Bedeutung gering, in seiner politischen für die Schweiz umso wichtiger, ist vielfacher Gegenstand der Geschichtsschreibung geworden. Man hat sich in der Schweiz gewöhnt, ihn ebenso als unbedingte Notwendigkeit und glückhafte Fügung anzusehen wie etwa in Deutschland den Krieg von 1870/71 mit Frankreich. Und man übergeht meist mit ein paar fast mitleidig gefärbten Worten die Bemühungen einer kleinen Zahl von Männern, deren ganzes Streben darauf hinzielte, den Bürgerkrieg zu verhindern oder bei etwa längerer Dauer des Krieges zu vermitteln und eine Verständigung herbeizuführen.

Ist es aber wirklich wertlos, diese politischen Strebungen näher ins Auge zu fassen, die nicht ins Leben treten durften? Ich meine, neben dem Vorteil einer solchen Untersuchung, beide streitenden Teile von Zeitgenossen verhältnismäßig gerecht,

ruhig und unparteiisch beleuchtet zu sehen, wird das reine Wollen der Verständigungspolitiker zu betrachten zum Genuß, auch wenn erfolganbetende Zeiten dieses Wollen belächeln mögen.

Wieviel man nun auch bei Bluntschli, der bald zum Mittelpunkt der Vermittlungsbestrebungen vor dem Sonderbundskrieg wurde, seinem persönlichen Ehrgeiz und Machtwillen, wieviel reinem vaterländischem Schmerz über die Zerrissenheit und Uneinigkeit der Schweiz zurechnen mag, auf jeden Fall steht er in seiner eidgenössischen und auswärtigen Politik auf höherer Warte als viele seiner Zeitgenossen und als er selbst in den Parteikämpfen des Kantons Zürich.

Johann Caspar Bluntschli wurde am 7. März 1808 in Zürich geboren, studierte nach der Absolvierung von Züricher höheren Schulen am « Politischen Institut » unter Keller und F. Meyer Jura und Staatswissenschaften, von 1827—29 bezog er die Universitäten Berlin und Bonn. Ranke, Savigny, Niebuhr ließen ihn zu einem Anhänger konservativer Grundsätze und der historischen Rechtsschule werden. Zurückgekehrt hielt er Vorlesungen am « Politischen Institut », das sich 1833 zur Universität erweiterte; 1833 wurde Bluntschli außerordentlicher, 1836 ordentlicher Professor. An wissenschaftlichen Werken entstand vor allem seine « Staats- und Rechtsgeschichte der Stadt und Landschaft Zürich ». Auch an der praktischen Politik beteiligte er sich schon von 1830 an eifrig. Er gehörte zu den reformfreundlichen Politikern der Stadt, hielt sich aber nach der Umwälzung von 1830, die ihm zu stürmisch war, zu der konservativen Abzweigung dieser Gruppe, den sogenannten « Gemäßigten ». In gewissem Sinne war er also schon damals « liberal-konservativ », liberal im Großen Stadtrat, dem er seit 1832 angehörte, konservativ in kantonalen Dingen. Bluntschli betätigte sich publizistisch durch Korrespondenzen in die « Augsburger Allgemeine Zeitung », Artikel für den « Schweizerischen Constitutionellen », politische Flug- und Streitschriften, wie z. B. die gegen den Seminardirektor I. Th. Scherr und endlich auch durch parlamentarische Arbeit im Großen Rat des Kantons, in welchen er 1837 eingetreten war. Dort erwarb er sich bald die Stellung eines Führers der konservativen Richtung. Der Putsch vom

6. September 1839 brachte seine Ernennung zum Regierungsrat und zum Mitglied des vorörtlichen Staatsrates.

Die Stellung Bluntschlis zu den eidgenössischen Fragen vor seinem Eintritt in die Zürcher Regierung ist hier nur kurz zu kennzeichnen[1].

Im Innern beschäftigte die Gemüter seit 1830 die Bundesrevisionsfrage, nach außen vor allem die Frage der Flüchtlingsumtriebe und des Asylrechts. Bluntschli wünschte eine gemäßigte Bundesreform, die den Verschiedenheiten der schweizerischen Kantone Rechnung trage, keinen «in der Luft schwebenden» Bundesrat, sondern einen ständigen Repräsentantenrat beim Vorort, den er beibehalten, aber auf einen Kanton, nämlich Zürich, fixiert wissen wollte.

Ein wichtiges Moment in Bluntschlis Politik stellt seine Gegnerschaft gegen Bern dar und besonders dann gegen den Berner Schultheißen Neuhaus, den er als stärksten Rivalen erkannte und bekämpfte. In seinen Korrespondenzen an die «Augsburger Allgemeine Zeitung» gab er der Berner Politik einen Hieb, wo er konnte. Er beklagte Berns allzu starke Beschirmung der radikalen Flüchtlinge, seine Hinneigung zum radikalen Frankreich und demgegenüber tritt die Sympathie Bluntschlis für das konservative Deutschland deutlich hervor.

Am interessantesten für Bluntschlis spätere Haltung aber sind einige seiner allgemeinen Bemerkungen in den Korrespondenzen. Er sah voraus, daß es leider wohl ohne Gewalt nicht zu einer Lösung der Bundesreformfrage kommen werde. «Die Vermittlungen der Gegenwart sind noch ein Übergang von dem früheren rohen zu dem späteren vollendeten Zustand. Sie suchen noch zum Frieden zu bereden, statt den Frieden in Form Rechtens zu gebieten. Und daneben wirkt noch das alte Fehde- und Faustrecht mächtig fort»[2].

Hie und da gibt er der leisen Hoffnung Ausdruck, es werde

---

[1] Am aufschlußreichsten dafür sind seine zwei Aufsätze in Rankes Historisch-Politischer Zeitschrift über den schweizerischen Bund, II. Jg., 1833—36, S. 128—153 und 538—580. Ferner seine Kreuzkorrespondenzen in die «Augsb. Allg. Ztg.» von 1834 an.

[2] «Augsb. Allg. Ztg.» 1836; 19. Okt., S. 2373.

sich in der Schweiz selbst eine physische Macht bilden zur Erzwingung des neuen Zustandes. Diese Gedanken enthalten schon den Keim seiner späteren Politik, seines so bitter getäuschten Lieblingswunsches, an der Spitze einer starken, von Zürich geführten Mittelpartei, die schweizerische Bundesreformfrage von hoher Warte aus zu lösen. Sie stellen im übrigen eine eigenartige Mischung von machtpolitischen und pazifistischen Gedankengängen dar und erinnern somit etwas an gewisse amerikanische Ideen während des Weltkrieges.

Von 1839 an bis zur Beendigung des Sonderbundskrieges 1847 können wir in seiner Politik drei Phasen unterscheiden: zunächst eine mehr beobachtende Stellung bis Ende 1842, dann die Versuche, zum aktiven Vermittler zu werden, gestützt auf die Würde des Bürgermeisters im Vorort, und endlich, nach dem Austritt aus der Regierung, vom Frühjahr 1845 bis Ende 1847 das Bestreben, wenigstens kriegerische Verwicklungen hintanzuhalten oder bei etwaiger längerer Dauer derselben noch einmal vermittelnd auftreten zu können.

Die Mittel, die Bluntschli für seine Ziele verwenden konnte, waren naturgemäß auch dreifacher Art. Es galt im Kanton eine unangefochtene starke Stellung zu erringen, es galt die versöhnlichen, in der Mitte stehenden Elemente der ganzen Schweiz zu sammeln und zugleich beiden Extremen entgegenzutreten und endlich galt es — dies war der heikelste Punkt — die Unterstützung des Auslandes zu gewinnen, um auch sie etwa in die Wagschale werfen zu können. Wir werden im Verlauf der nun folgenden Betrachtung sehen, daß Bluntschli alle drei Wege zu gehen versuchte.

Der Aufruhr vom 6. September 1839 fiel gerade in die Zeit der Tagsatzung in Zürich. Sie erkannte am 23. September die neue Regierung mit 15½ Stimmen an und nahm die neue Zürcher Gesandtschaft, Melchior Sulzer und Bluntschli, auf[3]. Nachdem die Stände des liberalen Siebenerkonkordates zuerst gegen die neue Regierung Stellung genommen, teilweise wie Luzern sogar Intervention verlangt hatten, beeilte sich Zürich

[3] Dierauer, V, S. 625. Zimmermann, S. 30—35. « Beobachter a. d. östl. Schweiz », Nr. 113; 23. September 1839.

nun aus dem Konkordate auszutreten. Bluntschli begründete diese Maßnahme im neuen Großen Rat am 1. Oktober[4]. Er erklärte, Zürich habe bis jetzt mitgeholfen, die Schwachen zu unterdrücken, dabei aber doch keine entscheidende Stimme geführt. Die wahre und gute Stellung von Zürich sei, sich aller Sonderbündnisse zu entschlagen und in seine alte vermittelnde eidgenössische Stellung zurückzukehren. Separatbündnisse brächten stets die im Interesse der Kantonalsouveränität zu vermeidende Gefahr der Einmischung anderer Kantone mit sich.

Mit Ausnahme der Vorgänge in Wallis und in Solothurn blieb das Jahr 1840 verhältnismäßig ruhig. Wenigstens wurde Zürich nicht in stärkere Mitleidenschaft gezogen.

Auf der Tagsatzung von 1840 schnitt der Vorort Zürich, wahrscheinlich auf Anregung Bluntschlis hin, wieder einmal die Frage der Bundesrevision an[5].

Bei diesen Verhandlungen stellten sich Zürichs Gesandte, Amtsbürgermeister Johann Konrad von Muralt und Bluntschli, auf den Standpunkt, den Bluntschli schon von jeher einnahm. Man wünschte keinen Bundesrat oder gar Großen Rat der Schweiz wie z. B. Baumgartner, sondern nur einen ständigen Repräsentantenrat am Vorort. Auf weitere Fragen als auf diese der Bundesleitung ließ man sich vorsichtigerweise gar nicht ein. Bluntschli glaubte in seinen Berichten von der Tagsatzung noch, daß das System eines organischen Fortschrittes siegen werde.

Das Jahr 1841 aber brachte den Aargauer Klosterstreit und vernichtete damit alle Hoffnungen auf eine langsame und versöhnliche Regelung der Bundesreformfrage. Zunächst zwar regte der Streit diese Frage aufs neue an, da er die Unzulänglichkeit des Bundesvertrags von 1815 grell beleuchtete. Und so kam sie bei der Beratung über die Instruktion zur ordentlichen Tagsatzung in der Sommersitzung des Großen Rates von Zürich vom 21.—23. Juni wieder zur Sprache[6]. Der § 23 des Entwurfes

---

[4] Zimmermann, S. 27/8. «Beob.», Nr. 118; 4. Oktober 1839.

[5] Eidg. Absch. 1840, S. 103—121 und Beilage Lit. Q. Ferner Legationsberichte Bluntschlis von der Tagsatzung vom 28. Juli und 17. Dezember 1840. St.-A. Z., L. 62/7.

[6] Gr.-R.-Pr. Nr. 23 und 29.

der Regierung für die Instruktion beauftragte die Gesandtschaft, an der Vervollkommnung der Bundeseinrichtungen mitzuwirken. Muralt erklärte, dabei an einen Bundesrat zu denken, bestehend aus dem Vorstand des Vororts, zwei Mitgliedern des vorörtlichen Staatsrats und vier aus der Miteidgenossenschaft gewählten Bürgern. Der Ausdruck « Bundesrat » an Stelle von Repräsentantenrat ist jedenfalls als eine kleine Konzession den Zentralisten gegenüber aufzufassen. Bluntschli unterstützte den Antrag lebhaft.

Der Gegenstand wurde am 27. und 28. Juli und am 2. August auf der ordentlichen Tagsatzung 1841 behandelt. Zürich befürwortete den Muralts Ansichten entsprechenden Antrag der niedergesetzten Kommission. Die Beratung führte aber zu keinem Ergebnis. Der Gesandte Heinrich Gujer berichtet, allgemein habe das Gefühl vorgeherrscht, leeres Stroh zu dreschen [7] und Bluntschli, der am 2. August sprach, gebraucht denselben Ausdruck seiner Frau gegenüber [8]. Der « Östliche Beobachter » [9] bemerkte, man habe es voraussehen können, daß diejenigen, welche das Mögliche wollten, vor dem gemeinsamen Bund derer, die alles, und derer, die nichts wollten, besiegt werden würden. [10].

Trotz vielfachen Spannungen zwischen Liberalen und Konservativen in den gemischt-konfessionellen Kantonen wie zwischen den reformierten und katholischen Kantonen der Gesamtschweiz in den 30er Jahren — den eigentlichen Zankapfel, der schließ-

[7] Bericht vom 2. August. St.-A. Z., L 62/7.

[8] Bluntschli, Tagsatzungsbriefe, S. 168.

[9] Nr. 93, 4. August 1841. Der « Beobachter aus der östlichen Schweiz » (erschienen bei Beyel, Frauenfeld und Zürich, von September 1838 bis Ende 1844, 1838 viermal, 1839—1842 dreimal, 1843—44 zweimal wöchentlich), an dem Bluntschli finanziell beteiligt war und eifrig mitarbeitete, läßt seine Stellung zu den eidgenössischen Fragen am besten erkennen, wenn man ihn natürlich auch nicht ohne weiteres für alle Artikel dieser Zeitung haftbar machen darf.

[10] Die Schilderung der weiteren Bundesreformpläne Bluntschlis muß hier leider unterbleiben; es handelt sich z. T. um interessante, aber durchweg um nicht ins Leben tretende Projekte, deren tatsächlicher Einfluß auf andere Politiker und damit auf die spätere Umgestaltung des Bundes schwer wägbar ist. Ich hoffe, sie gelegentlich in einer eigenen kurzen Studie beleuchten zu können.

lich den Krieg und die Neugestaltung des Bundes herbeiführte, warfen doch erst die Aargauer Klosterunruhen im Januar 1841 unter die Eidgenossen.

Das für uns Wichtigste an dieser Angelegenheit ist, daß sich sehr bald ein Gegensatz innerhalb der konservativen Partei Zürichs selbst herausstellte. Zunächst zwar verlangte die Züricher Gesandtschaft, bestehend aus Bürgermeister v. Muralt, Bluntschli und Gujer, auf der außerordentlichen Tagsatzung vom Frühjahr 1841 die Wiederherstellung aller acht von der Aargauer Regierung im Widerspruch mit Artikel XII des Bundesvertrags aufgehobenen Klöster. Als aber Aargau vor der Mehrheit der Tagsatzung zurückwich und im Sommer auf der ordentlichen Tagsatzung die Wiederherstellung von drei Frauenklöstern anbot, da schlug Muralt in der niedergesetzten Tagsatzungskommission zusammen mit Druey Befriedigterklärung vor, wenn Aargau auch das vierte Frauenkloster Hermetswyl wieder herstelle. Bluntschli aber betrachtete diesen Vorschlag als faules Kompromiß, das die Katholiken nicht befriedigen und somit den Anstoß für weitere Streitigkeiten geben werde. Die Volksstimmung im Kanton Zürich war dagegen klosterfeindlich und die große Versammlung von Schwamendingen am 29. August demonstrierte für Befriedigterklärung mit den drei angebotenen Klöstern. Sie schwächte die Autorität und die Stellung der Züricher Gesandtschaft sehr[11]. Bei der neuerlichen Instruktionsberatung im Herbst unterstützte Bluntschli den Vorschlag Muralts zwar, erklärte aber, eigentlich mit dem Instruktionsentwurf der Regierung nicht einverstanden zu sein und sich seine persönliche Überzeugung frei vorzubehalten. Aus diesem Grunde nahm er wohl auch an der Fortsetzung der Tagsatzung im Herbst keinen Anteil mehr. Weder der Zürcher noch irgend ein anderer Antrag erlangte die vorgeschriebene Mehrheit und so kam die Frage 1842 wieder zur Verhandlung. Bis zu ihrer äußern Erledigung 1843 und noch darüber hinaus wirkte der Anschauungsgegensatz zwischen dem repräsentativ an erster Stelle stehenden und dem

---

[11] Vgl. hiezu die Stimmungsbilder Bluntschlis von der Frühjahrs- und der Sommertagsatzung 1841 in « Bluntschli Tagsatzungsbriefe ».

geistigen Führer der Konservativen Zürichs ungünstig auf die Geschlossenheit der Partei ein.

Das Jahr 1842 steht für Zürich unter dem Zeichen der kantonalen Kämpfe, für Bluntschli unter dem seiner Allianz mit Friedrich Rohmer und ihren Folgen. In eidgenössischer Beziehung tritt seine Bedeutung für Bluntschli stärker zurück.

Die konservative Regierung mußte bei den Maiwahlen 1842 ihre Niederlage befürchten. Der Pressekampf entbrannte deshalb aufs heftigste und Bluntschli verband sich dazu mit den federgewandten Brüdern Friedrich[12] und Theodor Rohmer[13], ihrem Schwager, dem Historien- und Porträtmaler Alexander Bruckmann[14], und dem Schriftsteller Dr. Adolf Widmann[15]. Der Philosoph Friedrich Rohmer, ein genialer oder vielleicht besser genialischer Psychopath, an Größenwahn und Verfolgungsideen leidend, geistreich und fascinierend, seiner Lebensführung nach aber Bohemien in ausgeprägtestem Maß, hatte starken Einfluß auf eine kleine Schar ihm ergebener Jünger[16]. Im Frühjahr 1841 kam er zur Erholung nach Zürich, wurde zuerst mit dem Verleger Professor Julius Fröbel bekannt und befreundet, geriet aber bald aus persönlichen und finanziellen Gründen in bittere Feindschaft mit ihm und seinen radikalen Freunden A. A. L. Follen, Herwegh, W. Schulz, L. Snell u. s. w. Fröbel enthüllte während des Wahlkampfes im «Schweizerischen Republikaner» die Vergangenheit Frau Mathilde Rohmers, einer früheren Prostituierten, und rief dadurch eine Reihe von Skandalprozessen hervor, die im Herbst und Winter 1842 auf 1843 zum Austrag kamen.

---

[12] Geboren 1814 in Weißenburg in Bayern, gestorben 1856 in München.

[13] 1820—1856.

[14] 1806—1852.

[15] 1818—1878.

[16] Außer den Genannten gehörten in erster Linie noch dazu ein weiterer Bruder Ernst Rohmer (1818—1897), später Verlagsbuchhändler in Nördlingen, der Arzt und Schriftsteller Dr. Gustav Widenmann (1812—1876), der Pfarrer Hermann Weigle (1812—1889), der Tierarzt Dr. Friedrich Duttenhofer (1810—1859). Befreundet mit den Brüdern Rohmer war auch der bayrische Jurist und Politiker Karl Brater (1819—1869).

Bluntschli, dessen Stellung dadurch auch seinen konservativen Parteifreunden gegenüber schwer erschüttert wurde, hielt trotzdem an seinem Bund mit den Rohmerianern fest und blieb im regsten Gedankenaustausch mit ihnen. Besonders Theodor Rohmer beteiligte sich auch nach dem Wahlkampf von 1842 an der politischen Publizistik Zürichs, wenn auch möglichst ohne Namensnennung. Friedrich Rohmer verließ die Schweiz anfangs 1843 und ließ sich in München nieder. Theodor Rohmer verfaßte in Zürich noch das Buch « Die Lehre von den politischen Parteien » und verließ im Juli 1844 dann ebenfalls die Schweiz, um sich ganz dem Dienst seines Bruders zu widmen.

Zu Anhängern Rohmers waren in Zürich außer Bluntschli die Brüder Heinrich[17] und Otto Schultheß[18], der Staatsschreiber Heinrich Hottinger[19] und für kurze Zeit Heinrich von Orelli[20] geworden, während andere konservative Führer wie Stadtschreiber Gysi[21], Bürgermeister Heinrich Mousson[22], Grob[23], Georg von Wyß[24], Spöndli[25] u. s. w. ihm nach dem Skandal ganz ablehnend oder doch kühl gegenüberstanden.

Bluntschli hatte von nun an dauernd zwischen seiner Freundschaft mit Rohmer und dessen Anspruch auf offenes Bekenntnis zu ihm, dem Unbehagen und Mißtrauen der Zürcher Konservativen und der offenen hohnvollen Gegnerschaft der Radikalen gegen Rohmer hindurchzulavieren, eine Aufgabe, die seine an sich schon schwierige Stellung wahrlich nicht erleichterte.

Der überaus hitzige und von persönlichen Streitigkeiten be-

---

[17] Publizist, später Buchhändler und Historiker, Herausgeber des Europäischen Geschichtskalenders, 1815—85.

[18] Publizist, später Industrieller, 1823—1864.

[19] 1815—1876.

[20] Schriftsteller, 1815—1880. Er trennte sich schon 1842 mit A. Widman wieder von Rohmer.

[21] Heinrich G., Bruder des Schwagers Bluntschlis Karl Gysi, Redaktor des « Östlichen Beobachters », später der « Wochenzeitung », 1803—1878.

[22] 1803—1869.

[23] Heinrich G., Gymnasialprofessor, 1812—1889.

[24] 1843—47 2. Staatsschreiber, Professor für Schweizer Geschichte an der Universität 1816—1893.

[25] Staatsanwaltssubstitut Heinrich Sp., geboren 1812.

gleitete Wahlkampf vom Mai 1842 hatte nur noch eine kleine konservative Majorität gebracht. Demgegenüber trösteten sich die Rohmerianer damit, daß sie den Radikalismus «geistig» besiegt hätten, eine Behauptung, die noch jahrelang von Fr. Rohmer aufrecht erhalten und zur Begründung seines Anspruchs auf politische Geltung verwendet wurde. Aber schon die erste ordentliche Sommersitzung des Großen Rates vom 21.—23. Juni[26] zeigte, auf welch unsicherem Fahrzeuge die Regierung von Zürich fortan segelte, und deutete auch die Klippe an, an welcher sie schließlich scheitern sollte.

Diese Sitzung behandelte nämlich wiederum die Klosterfrage. Der Instruktionsentwurf der Regierung lautete ebenso wie im Jahre 1841 auf Befriedigterklärung, wenn Hermetswyl ebenfalls wieder hergestellt würde. Gegenanträge stellten Wieland auf Befriedigterklärung ohne dieses vierte Frauenkloster, Sulzer-Warth, Nüscheler und Bluntschli auf Wiederherstellung aller Klöster.

Mit dieser doch überraschenden Wendung stellte sich Bluntschli also jetzt auch nach außen hin auf den juristischen Standpunkt und enthüllte die Ansichten, die er im Herbst 1841 noch verborgen gehalten und nur leise angedeutet hatte. Es ist wahrscheinlich, wenn auch nicht sicher festzustellen, daß auf diese Stellungnahme Gespräche Bluntschlis mit Rohmer einen gewissen Einfluß hatten.

Bluntschli war sich, wie er im Großen Rat ausführte, wohl bewußt, eine unpopuläre Sache zu vertreten und beleuchtete wiederum die rechtliche und politische Seite der Frage. Er trat dem fälschlicherweise entlehnten Grundsatz des römischen Rechtes, daß der Staat Korporationen aufzuheben befugt sei, entgegen und verteidigte die germanische Anschauung vom Recht der Zwischenverbände gegenüber der römischen von der Omnipotenz des Staates, jedenfalls eine Spitze gegen die von Neuhaus öfters betonte raison d'état. Bluntschli fragte, ob die Staatsregierung Universitäten oder Landstände einfach aufheben dürfe, wenn einzelne Mitglieder dieser Korporationen sich aufrührerisch

[26] Gr.-R.-Pr. Nr. 28—39.

benähmen. Das würde selbst der König von Hannover nicht wagen. Ein geschichtlicher Exkurs sollte zeigen, daß auch Napoleon die Klöster als notwendig angesehen und außerdem erkannt habe, daß der Kanton Aargau nur bei konfessioneller Parität haltbar sei.

In politischer Beziehung gab Bluntschli das Erstarken des Ultramontanismus in allen europäischen Ländern mit katholischer Bevölkerung zu. Es sei aber in dieser Bewegung überall ein richtiger und guter Kern, an den sich Auswüchse anhefteten. Diese Auswüchse könne man aber nur bekämpfen, wenn man sich selber auf dem Boden des Rechtes bewege, sonst treibe man gerade alle Katholiken in die Arme des Ultramontanismus. Und zuletzt wies er auf die mögliche Gefahr eines europäischen Krieges aus politischen Prinzipien hin, der die Schweiz zerreißen werde, wenn sie nicht zuvor geeint, befriedigt und beruhigt sei.

Tatsächlich sah Bluntschli mit Besorgnis auf das Anwachsen des Ultramontanismus, das am grellsten in dem Gesinnungswandel so mancher an hervorragender Stelle stehender Männer wie Siegwart-Müllers und G. J. Baumgartners vor Augen trat, und wollte den festen Boden gewinnen, von dem aus er die ultramontanen Auswüchse bekämpfen konnte, ohne den Katholiken als Kloster- und Kirchenfeind oder als Kompromißler zu gelten.

Diese Politik — statt der Konzessionen nach beiden Seiten, keine Konzession nach irgend einer Seite — tritt von jetzt an in immer schärferen Umrissen hervor. Wie in der kantonalen so wurde Bluntschli unter dem Einfluß seiner Freundschaft mit Rohmer auch in der eidgenössischen Politik systematischer, prinzipieller, bewußter. Es ist nicht so, daß er nun auf einmal eine neue Doktrin erbaut und danach gehandelt hätte; seine Politik geht vor und nach der Begegnung mit Rohmer doch in einer ununterbrochenen, wenn auch natürlich nicht schnurgeraden Linie weiter. Aber diese Politik wird nun allzu bewußt gehandhabt und sie wird dadurch unelastischer, unbiegsamer. Alle Politik, wenn sie genial sein will, erträgt aber wie die

Kunst nur ein gewisses Maß bewußten Wollens. Und dieses Maß überschritt Bluntschli so weit, daß ihm Erfolg versagt blieb.

Mit der Annahme seines Antrags rechnete Bluntschli gewiß nicht, ja es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß er von vornherein nicht mit der Annahme des regierungsrätlichen Entwurfs rechnete. Nur deshalb durfte er es wagen, diesen Entwurf nicht zu unterstützen, wie er es im Herbst 1841 aus taktischen Gründen noch getan hatte, und seine ganz persönliche Ansicht jetzt voranzustellen, um sich dadurch allen Katholiken der Schweiz für eine spätere Vermittlungsaktion genehm zu machen.

Tatsächlich wurde denn auch der liberal-radikale Antrag Wieland mit 103 gegen 84 Stimmen angenommen und es wurden zwei Radikale, Dr. Furrer und Hüni, zu Tagsatzungsgesandten gewählt.

Im Frühjahr 1842 beteiligte sich Bluntschli an einem Versuch, eine Reihe gemäßigt-konservativer Männer der ganzen Schweiz zu gemeinsamem Handeln, zunächst zur Gründung eines gemeinsamen Organs, zu vereinigen. Außer ihm sollten sich beteiligen Baumgartner, Muralt, Joh. Jac. Heß, Mousson, Landammann Dietrich Schindler von Glarus, Georg von Wyß. Der Plan aber kam nicht zur Ausführung[27].

Einige Artikel des Beobachters « Die Bernischen Patrizier »[28] wollten die verdrossen beiseite stehenden Berner Aristokraten zu aktiverer Teilnahme an der Politik aufrütteln. Ein konservatives Bern sollte einem liberalen Zürich die männlichen Hände reichen, die anderen Kantone sollten sich um sie oder um das katholisch-konservative Luzern scharen; dann wäre keine fremde Intervention zu fürchten. Von dieser Seite aber war keine starke Hilfe zu erwarten. Ebensowenig gelang es Bluntschli, die Konservativen in Basel unbedingt für sich zu gewinnen. Über die

---

[27] Meyer von Knonau, G. v. Wyß. I. Neujahrsblatt des Waisenhauses Zürich, 1895, S. 62. Der Plan ging von Baumgartner aus, der nach Zürich übersiedeln und das Blatt mit Reithard zusammen leiten wollte, scheiterte aber daran, daß Baumgartner aus politischen Gründen in St. Gallen blieb. Dort gründete er dann die « Schweizer Zeitung », an welcher Bluntschli nicht teilnahm, s. A. Baumgartner, S. 228—230.

[28] Nr. 72 und 77; 21. Juni und 1. Juli 1842.

Haltung der von Andreas Heusler geleiteten «Basler Zeitung» erboste sich Bluntschli öfters sehr heftig[29].

Im Herbst machte Otto Schultheß in Lausanne Bekanntschaft mit den Historikern Charles Monnard, Louis Vulliemin und anderen Politikern der Waadt[30]. Hatte das zunächst auch keine große Bedeutung, so gewann Theodor Rohmer doch dadurch Anknüpfungspunkte bei seiner Reise in die Westschweiz im Jahre 1844.

Für Bluntschlis Beziehungen zum Ausland war von Wichtigkeit seine Reise in Postangelegenheiten nach Wien im Dezember 1842; er benützte sie natürlich auch zu Unterredungen über politische Dinge. Rohmer gab ihm vorher aus Marschlins, wo er bei Heinrich Schultheß weilte, Ratschläge für sein «Agieren» in Wien; er schrieb am 23. November 1842:

... Vergessen Sie nicht, die Restauration des Christentums zu premieren... Behandeln Sie in Wien ... doch ja die richtige Erledigung der Klostersache als conditio sine qua non. Ohne die ist kein Heil für die Schweiz...[31].

Die «richtige» Erledigung aber war für Rohmer und Bluntschli die Herstellung aller Klöster oder wenigstens so vieler, daß auch die Katholiken damit einverstanden gewesen wären. Man sieht, wie Bluntschli darin durch Rohmer bestärkt wurde.

Am 30. November kam Bluntschli in Wien an[32].

Am wichtigsten waren ihm hier die beiden Unterredungen mit Metternich[33]. Das erste Mal sprachen sie von Schweizer Politik, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Metternich forderte Bluntschli auf, die nächsten zwei Jahre gut zu benützen,

---

[29] Vgl. die auch sonst aufschlußreiche Veröffentlichung von Fritz Fleiner, Ein politischer Briefwechsel zwischen Johann Caspar Bluntschli und Wilhelm Wackernagel. Basl. Ztschr. für Gesch. u. Altertumsk., IV. Bd., Basel 1905, S. 205—266.

[30] Otto Schultheß an Fr. und Th. Rohmer, Lausanne, 3. November 1842, N. Tr.

[31] R.-A.

[32] Über die ganze Reise vgl. Denkw., I, S. 326—340.

[33] Tagebuch Nr. 3 in Bl.-A. und Denkw., I, S. 328 ff.

damit Zürich 1845 ein starkes Direktorium[34] bilden könne[35]. Österreich wolle nichts für sich, nur Aufrechterhaltung der moralischen Prinzipien, rate Luzern von extremen Schritten ab und denke nicht an bewaffnete Intervention. Die Haltung Frankreichs, dessen Minister Guizot zwar ein ehrlicher Mann sei, sich aber in schiefer Stellung befinde, bedauerte Metternich begreiflicherweise, nachdem er 1841 vergeblich ein Zusammengehen mit Frankreich angestrebt hatte.

Bluntschli erklärte, die Schweiz müsse von innen heraus gesunden, von außen könne man ihr nicht helfen und sprach sich optimistisch über die Aussichten der konservativen Partei in Zürich aus[36].

Beim zweiten Besuch sprach er mit Metternich von der «Augsburger Allgemeinen Zeitung», über deren Radikalismus er sich beklagte[37]. Metternich kritisierte die Haltung Friedrich Wilhelms IV. gegenüber der Presse und erklärte energisch, die Zensur werde er nicht aufgeben. Die «Allgemeine Zeitung» habe die österreichische Regierung dadurch einigermaßen unter der Fuchtel[38], daß man der Post verbieten könne, Bestellungen anzunehmen. Bluntschli betonte die Wichtigkeit guter konservativer Zeitungen, die in Deutschland ganz fehlten. Metternich antwortete, er habe darüber seit 25 Jahren (!) viel nachgedacht. Wenn ein solches Unternehmen zustände käme, würde er es lebhaft unterstützen. Bluntschli bemerkte, ein solches Organ müsse volle Freiheit haben und Metternich erwiderte, eben deshalb (!) müßte es außerhalb Österreichs, am besten in Frankfurt, er-

---

[34] Vorörtliche Leitung.

[35] W. Sutermeister, Metternich und die Schweiz. Bern 1896, S. 12, entnimmt mit Recht der Darstellung Bluntschlis, daß Metternich sich lieber auf das konservative Zürich als auf das ultramontane Luzern stützen wollte, aber schon 1842 fürchtete: «Die Leute dort sind für die Höhe ihrer Aufgabe etwas zu kurz gewachsen», wie Bluntschli Metternichs Worte wiedergibt.

[36] In Denkw. heißt es im Gegensatz zum Tagebuch stets «liberal-konservativ», charakteristisch für Bluntschlis spätere liberale Parteinahme.

[37] Nach Tgb. kam sie in 5000 Exemplaren ohne Zensur nach Österreich.

[38] Dieses Wort in Tgb. und Denkw. mit einem Fragezeichen versehen.

scheinen. Ein Staatsmann müßte das Blatt redigieren, der die politischen Verhältnisse genau kenne. Er hätte es selbst gemacht, wenn er nicht in der Regierung säße. Einen geeigneten Mann habe er aber nicht gefunden. In seinen Denkwürdigkeiten läßt Bluntschli folgende Stelle aus dem Gespräche aus:

Als ich bemerkte, die Schweiz sei vorzugsweise von der « Allgemeinen Zeitung » zur Darlegung ihres Radikalismus ausersehen; und das sei politisch schädlich, versprach er sofort, dahin zu wirken, daß die Korrespondenzen aus der Schweiz geändert werden. Beim Abschied sagte er mir: Wenn Sie irgend etwas wünschen, was ich tun kann, disponieren Sie über mich.

Th. Rohmer teilte nach der Rückkehr Bluntschlis dessen Eindrücke Friedrich mit[39]. Metternich habe eine Note an Cotta abgefertigt und sich über die radikalen Schweizer Korrespondenzen beklagt und konservative befohlen, sodaß Bluntschli carte blanche erhalte. Von ihnen habe er übrigens zu Bluntschli trotz dessen nahen Anspielungen kein Wort gesagt.

Die Höflichkeiten Metternichs und Jarckes und ihre Versicherungen, entschieden auf Nichtberufung der Jesuiten nach Luzern hinzuarbeiten[40], mochten bei Bluntschli keine großen Hoffnungen erwecken. Trotzdem versuchte Fr. Rohmer 1844 nochmal eine Einwirkung auf Metternich zugunsten der Bluntschlischen Politik.

Es ist doch interessant, aus den Eindrücken Bluntschlis die schon geradezu komisch wirkende Überlebtheit und Ausgehöhltheit des Metternich'schen Systems fünf Jahre vor seinem Fall zu entnehmen.

Bluntschli reiste über München heim. Dort hatte er eine Audienz bei König Ludwig I., sprach Minister Abel[41], Thiersch[42] und Harleß[43] und wurde in die « zwanglose Gesellschaft » ein-

---

[39] Undatiert R.-A.

[40] Über die Schritte, die der luzernische Staatsschreiber Bernhard Meyer durch Philippsberg im Herbst 1842 bei Metternich und dieser wiederum in Rom tat, um den Jesuitengeneral und den Vatikan von einer Berufung des Ordens nach Luzern abzuhalten, s. B. v. Meyer I, S. 69—77.

[41] Karl v. A., Ministerpräsident und Minister des Innern, 1788—1859.

[42] Friedrich v. Th., Philologe und Pädagoge, 1784—1860.

[43] Gottfried Christoph Adolf v. H., Theologe, später Oberkonsistorial-

geführt. Von besonderer politischer Bedeutung war der Besuch in München nicht. Vielleicht erleichterte die persönliche Bekanntschaft Bluntschlis mit Abel Fr. Rohmer die Anknüpfung mit diesem Minister im Sommer 1843 etwas.

Der eigentliche Zweck der Reise war übrigens erfüllt. Bluntschli schloß einen Vertrag mit Österreich in Postangelegenheiten ab.

Der Beginn des Jahres 1843 ist gekennzeichnet durch eine Festigung der konservativen Regierung nach der Ablehnung der Motion Weiß [44] im Großen Rat [45]. Die Hoffnung auf die Vermittlerrolle, die Zürich nach der Meinung Metternichs in der Schweiz übernehmen sollte, wuchs. Fr. Rohmer schrieb Bluntschli am 1. Januar 1843 aus Marschlins, wo er bei Heinrich Schultheß weilte, einen Brief, der den Satz enthielt:

> Was Ihre Stellung betrifft, so glaube ich, Sie sollten jetzt die Stelle des Vermittlers übernehmen [46].

Im übrigen enthielt der Brief Vorschläge über die kantonale Politik als der Grundlage der eidgenössischen. Öfters stellte Rohmer so eigene Wünsche Bluntschlis dem Freund von außen her entgegen, machte sie ihm stärker bewußt und trieb ihn damit vorwärts. Und Bluntschli scheint diese Art des Ansporns nicht unangenehm empfunden zu haben, während Rohmer die meisten Menschen sonst durch seinen diktatorischen Ton abstieß.

Auch der erwähnte Brief enthält eine solche diktatorische und äußerst prahlerische Stelle:

---

präsident in München. Mit Thiersch Führer der Protestanten in Bayern, 1806—1879.

[44] Heinrich Weiß, geboren 1789, von Fehraltorf, 1831—33 und 1838 Mitglied des Regierungsrates; nach seinem Rücktritt gehörte er dem Großen Rate an.

[45] Weiß hatte Aufhebung des «Gelegenheitsgesetzes» vom 20. September 1839, wonach die Kantonalbehörden neu bestellt wurden, verlangt. Es war ein Vorstoß gegen die Legitimität der konservativen Regierung überhaupt, der aber nur 24 Stimmen auf sich vereinigte. Gr.-R.-Pr. vom 27. Dezember 1842, Nr. 61, S. 245 ff.

[46] Bl.-A.

Die letzte Pointe von allem ist die Klostergeschichte und diese übernehme ich.

Rohmer plante damals seine Reise nach Berlin; er wollte mit dem preußischen König über die Schweizer Verhältnisse sprechen. Sein Aufenthalt in Berlin vom Februar bis April 1843 blieb aber erfolglos. Er hatte wohl Unterredungen mit den Ministern Savigny, Arnim und Bülow, die sich aber mit dem abenteuerlichen Politiker nicht weiter einlassen wollten. Zum König gelangte er nicht, schon wegen der kurz vorher stattgehabten Herweghaudienz und ihren Folgen.

Bluntschli hatte Rohmer an Savigny empfohlen. Als Savigny ihm am 25. Februar von seiner Unterredung mit Rohmer berichtete [47] und mitteilte, Rohmer wünsche zum König zu gelangen, um über die schweizerische Politik, insbesondere die Klosterfrage mit ihm zu sprechen, als er ihm überdies den nicht sehr günstigen Eindruck wiedergab, den er von Rohmers allzu großem Selbstbewußtsein empfangen hatte, da fand es Bluntschli für angezeigt, am 7. März nochmals an Savigny zu schreiben und ausdrücklich zu betonen, daß Rohmer ganz auf eigene Faust handle. Er schrieb:

Ich weiß nicht genau, was ihn zu dem Könige so hinzuziehen scheint, noch was er Sr. Majestät zu eröffnen wünscht. Wie ich ihn aber kenne, so setzt er in dem König ein natürliches Verständnis für die geniale Seite seines Wesens voraus. Von Herwegh ist er jedenfalls völlig verschieden. Während dieser ein formaler Dichter und ein elender Politiker ist, so ist er umgekehrt voraus ein Mann des Staates. Wie ich aber auch mit F. R. persönlich befreundet bin, so hat er, was er über die Schweiz Ihnen gesagt hat, von sich aus und von seinem Standpunkt aus gesagt und ich bitte Sie dringend, für den Fall, daß er bei dem König Zutritt erhalten sollte, S. Majestät zu eröffnen, daß ich als Schweizer — unbekümmert um F. R.s allfällige Wünsche, unabhängig von seinen Ansichten und Vorhaben — die Politik meines Landes in allen Stücken, auch in der traurigen Klostersache, nach eigener Einsicht in die Bedürfnisse und Interessen der Schweiz betreiben werde. Es liegt mir daran, in dieser Beziehung von Anfang an jedes — auch ein entferntes Mißverständnis abzuwenden. Für diesen Fall ist es vielleicht am geratensten und mir ganz recht, wenn Sie dem Könige meine beiden Briefe mitteilen, so wenig dieselben darauf berechnet sind, Sr. Majestät vorgelegt zu werden [48].

---

[47] R.-A.

[48] Konzept in R.-A.

Die Behauptung Bluntschlis, über die Pläne Rohmers nichts Genaueres zu wissen, kann nur als eigene Sicherstellung gegenüber der Schweiz sowohl wie gegenüber Savigny und dem preußischen König angesehen werden, entsprach aber bei dem ständigen brieflichen und persönlichen Verkehr mit Rohmer in den Monaten vorher kaum den Tatsachen. Rohmers Verhältnis zu Bluntschli, das gerade 1843 nicht immer frei von Trübungen war, wäre vermutlich einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt gewesen, falls er Kenntnis dieses zweiten Briefes Bluntschlis an Savigny erhalten hätte. Anderseits ist es durchaus begreiflich, daß Bluntschli den unberechenbaren Mann nicht als sein Sprachrohr angesehen wissen wollte. Und es ist sogar anzunehmen, daß er wie die andern Freunde die Reise nach Berlin nur halben Herzens billigte und mit unbehaglichen Empfindungen verfolgten. Selbst Theodor Rohmer war besorgt, in welcher Weise sein Bruder wohl die Schweizer Angelegenheiten vorbringen werde und schrieb ihm:

Marschlins, den 24. April 1843.

Da Deine idiosynkratische Vorliebe für die Schweiz sich verloren und Gottlob! einer frischen Zuneigung für Deutschland Platz gemacht hat, so hoffe ich, Du wirst den Gedanken, die Klosterangelegenheit zu berühren, wenigstens für vorderhand aufgegeben haben. Gewiß muß die Schweiz bis hier sich selbst überlassen bleiben. Ein auswärtiges Einwirken würde äußerlich helfen, innerlich gar nicht[49].

Es fehlte denn auch nicht an Versuchen der Radikalen, die Reise Rohmers nach jeder Richtung hin zu verdächtigen und es war vielleicht noch ein Glück für Bluntschli, daß Rohmer nicht zum König gelangte.

Die erste Hälfte des Jahres 1843 verlief im übrigen für Bluntschli und seine Freunde im ganzen ruhig. Gelegentlich behandelte der «Beobachter» Fragen der Bundesreform, vor allem aber materielle eidgenössische Interessen wie die Bluntschli besonders angehenden Post- und Zollfragen. Während der schweizerischen Postkonferenz im August, die Bluntschli präsidierte, sagte das Blatt einmal, daß die Art der Erledigung der Postfragen vorbildlich sei für die politische Einigung der Schweiz.

---

[49] N. Tr.

Der Weg, Einzelkonkordate abzuschließen, werde zur Gesamteinigung führen [50].

Erst vom Juni an wurde es wieder lebhafter auf dem politischen Kampfplatz. Der Kommunist Weitling wurde verhaftet, seine Schriften und Briefe beschlagnahmt und diese Angelegenheit hatte insofern auch weiterreichende Bedeutung, als Bluntschli durch Abfassung des Kommissionalberichts über die Kommunisten und seine Versendung an Gesandte und Kabinette die konservative Regierung von Zürich und sich selbst den auswärtigen Mächten genehm zu machen suchte.

Kurz nach der Verhaftung Weitlings kam die Tagsatzungsinstruktion im Großen Rat vom 20.—22. Juni 1843 zur Sprache [51]. Dabei hielt Bluntschli wiederum eine große Rede über die Aargauer Klosterfrage. Schon am 2. Juni schrieb er von seiner Absicht, die Klosterfrage

> ganz politisch — nicht rechtlich — vom Gesichtspunkt der schweizerischen Politik aus zu behandeln, einläßlich und energisch [52].

Bürgermeister Mousson empfahl im Namen des Regierungsrates die vorjährige Instruktion, Befriedigterklärung mit der Herstellung von drei Frauenklöstern und Eintreten auf die Frage einer Bundesrevision.

Während demgegenüber der Reaktionär Oberstleutnant David Nüscheler die unbedingte Herstellung aller Klöster forderte, stellte Bluntschli folgenden Antrag: « Die Gesandtschaft wird beauftragt, auf Aufrechterhaltung des Artikels XII des Bundesvertrags, somit auf Herstellung der im Widerspruch mit der Bestimmung dieses Artikels aufgehobenen Aargauer Kloster zu dringen. Sollte sich irgendwelche Aussicht dafür zeigen, auf eine den innern Frieden der Eidgenossenschaft sichernde und mit dem Bundesrecht vereinbare Weise diese Angelegenheit beizulegen, so wird die Gesandtschaft beauftragt, nach Kräften darauf hinzuwirken ». Damit war also nicht die unbedingte Wiederherstellung aller Klöster verlangt, sondern diese nur so weit, daß auch die katholische Gegenseite befriedigt worden

[50] Nr. 69; 29. August 1843.

[51] Gr.-R.-Pr. Nr. 22—32, S. 85—128.

[52] An Fr. Rohmer, Zürich, 2. Juni 1843. R.-A.

wäre, die ja wohl selbst keine Hoffnung auf Restitution aller acht Klöster mehr hegte, aber gern noch das eine oder andere der reicheren Mannsklöster zurückerhalten hätte.

In seiner eingehenden Begründung des Antrags[52a] sagte Bluntschli zuerst, er wisse wohl, daß er keine Mehrheit erhalten werde, aber in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache halte er es für nötig, sie ausführlich zu behandeln. Zwei Gesichtspunkte sind zu berücksichtigen, der des Rechts und der der Politik. Der erste ist ganz klar: das Recht verlangt die Wiederherstellung. Aber auch eine gesunde Politik verlangt dasselbe. Ein Blick auf das Ausland zeigt, daß von dort keine Einwirkung zu erwarten ist. Am meisten kommen noch Österreich und Frankreich in Betracht. Der Charakter der österreichischen Politik gegenüber der Schweiz ist nicht bestimmend oder erobernd, weder materiell noch geistig, sondern nur ratend. Daß keine Intervention stattfinden werde, davon konnte er sich selbst bei seiner Unterredung mit Metternich überzeugen. Österreichs Haltung ist transigierend und beschwichtigend, es scheut sich vor Händeln, die weiter um sich greifen können.

Frankreich hat zwar von jeher eine stärker erobernde Tendenz gegenüber der Schweiz gezeigt. Vorderhand aber ist von dorther auch nichts zu befürchten. Das Ministerium eines Staats, der selbst die Klöster aufhebt, kann nicht zu Gunsten derselben im andern Land intervenieren. Auch wirkt dazu noch die Eifersucht zwischen beiden Staaten hemmend ein. Deutschlands politische Macht ist, so viel Kräfte auch in ihm schlummern mögen, gleich Null.

Die Frage ist also von der Schweiz allein zu lösen. Man hat vier Gründe für die Klosteraufhebung angeführt: 1. Das fait accompli. Faktisch besteht aber noch kein fait accompli, sondern es soll erst geschaffen werden. Die Politik des fait accompli ist überdies eine Politik der Charakterschwäche.

Es ist nun interessant, zu beobachten, wie Bluntschli fühlt, hier auf gefährliches Gebiet geraten zu sein und wie er dies

---

[52a] Auch als Sonderdruck erschienen « Rede über die Aargauer Klosterfrage, gehalten im Großen Rat zu Zürich am 21. Juni 1843 von Dr. Bluntschli. Zum Besten der Heimatlosen ». Zürich und Frauenfeld [1843]. 17 S.

zu überwinden sucht. Er fährt fort: « Sie meinen, ich komme in Widerspruch mit mir selber, weil ich vor nicht langer Zeit den Bestand der Septemberregierung verteidigt habe gegen Ihre Angriffe. Aber Sie irren sich ». Denn er verurteilt zwei Arten der Politik, die des fait accompli, aber auch die der bornierten Legitimität. Der Legitimist « versteht das Leben nicht, das hinschreitet über veraltete dürre Formen; er wird an den Fortgang der Welt, an ihre Bewegung durch lauter Niederlagen erinnert ». Die innere Berechtigung einer neuen Bewegung steht über dem äußeren formalen Recht.

Damit kommt Bluntschli zu Punkt 2. Die Gegner behaupten, eben im Fall der Klosteraufhebung bestehe eine solche innere Berechtigung. Dem hält Bluntschli entgegen, daß das Mittelalter große Institutionen hervorgebracht habe, die nicht zerstört, sondern zeitgemäß umgewandelt werden müßten. Er erwähnt den Orden der soeurs grises, die sich der Krankenpflege widmen. Er hat den Mut aber selbst für die Berechtigung solcher Klöster einzustehen, die nur der innern religiösen Einkehr dienen sollen. Gewiß ein merkwürdiges Bekenntnis eines Zwinglianers in Zürich, « eine etwas schlüpfrige Sache », wie sich der Redner selbst ausdrückt, gegenüber der rationalistischen Hochflut der Zeit.

Abgesehen davon aber darf die Aufhebung nur von der gleichen Konfession bewerkstelligt werden, wenn sie eine innere Berechtigung haben soll. « Laßt die Katholiken selbst ihre Toten begraben! »

Das dritte Argument der Gegner ist die Brüchigkeit des Bundes und damit die Unvereinbarkeit des Artikels XII der Bundesverfassung mit der neuen Zeit. Will man aber eine Erhaltung des Bundes in irgend einer Form, so muß vor allem der konfessionelle Frieden gewahrt bleiben.

Und der 4. Punkt, Aargau könne nicht existieren, wenn die Klöster fortbeständen, ist ebenfalls nicht stichhaltig. Wäre das der Fall, so ist « ein solches Stäätchen überall nicht fähig, zu bestehen ». Will man der Gefahr einer Zerreißung des Aargaus entgegentreten, so muß die Regierung desselben im Gegenteil die Rechte der katholischen Minderheit respektieren.

Bluntschli beklagt die Stellung Zürichs, das sich von Konzession zu Konzession hat drängen lassen, bis es an den Schweif von Bern gekommen ist. Zürich ist schwach, während es als intellektuelles Haupt der Schweiz eine starke Politik machen sollte.

Zuletzt weist Bluntschli noch einmal auf die drohende Spaltung der Schweiz hin. Eine solche Lösung der Klosterfrage heilt das Übel nicht. Wie in der Schweiz, so ist es in Europa. Man hat immer nur transigiert und beschwichtigt, statt das Übel auszurotten. Bricht aber in Europa das Übel aus, kommt es zu allgemeinem Kampf, dann sollte sich die Schweiz als neutraler Friedensboden erhalten können. Dies ist aber nur möglich, wenn innerer Friede herrscht.

Bluntschli wurde, ohne starrer Legitimist zu sein, doch in die von ihm gekennzeichnete Rolle des Legitimisten gedrängt, der an den Fortgang der Welt durch lauter Niederlagen erinnert wird. Es ist eigenartig, daß er in seinen Denkwürdigkeiten diese eingehende, wohlgebaute und wertvolle Rede nicht einmal erwähnt. Bluntschli behandelt überhaupt diese ganze Periode seines politischen Wirkens sehr kurz und man könnte daraus schließen, daß er sie später mißbilligte und sich ungern daran erinnerte. Und doch — von dem weiterschauenden Standpunkt unserer Zeit aus wird man gerade diese Rede würdigen können wegen ihrer freien, mutigen und warmen Überzeugung, Eigenschaften, die nicht in allen Reden Bluntschlis so zum Ausdruck kommen. Und selbst die gegnerisch eingestellte politische Betrachtung muß ihm zubilligen, daß seine Voraussage hätte eintreten können, daß die Erledigung der Klostersache durch ein Kompromiß die Gefahr einer dauernden Zerreißung der Schweiz tatsächlich in bedrohlichste Nähe rückte.

Während im Jahre 1842 sich nur 11 Stimmen für die klosterfreundlichen Anträge Sulzer-Warths, Nüschelers und Bluntschlis erhoben, konnte dieser 1843 schon 39 Stimmen auf seinen Antrag vereinigen. Trotzdem war gegenüber der großen Mehrheit, die — soweit sie nicht radikal war — aus protestantischem Ressentiment gegen die Klöster stimmte, ein Durchdringen auf parlamentarischem Wege nicht zu hoffen.

Es gab nun einen Augenblick im Sommer 1843, in dem Bluntschli daran dachte, auf anderem Wege, auf dem nahezu diktatorischer Gewalt, eine entscheidende Rolle in der Klosterfrage, in der schweizerischen Politik überhaupt zu spielen.

Während er in seiner Rede noch die bestimmte Ansicht aussprach, die Klosterfrage werde nicht erledigt werden, meldete er am 16. Juli Fr. Rohmer, Aargau scheine nicht abgeneigt, mit dem Zugeständnis des 4. Frauenklosters Hermetswyl die 12. Stimme St. Gallens zu erkaufen. Sogar Neuhaus werde dem nicht opponieren, obwohl er dadurch der Ansicht Muralts zum Sieg verhelfe. Diese Scheinerledigung sei abgeschmackt und bringe keine Versöhnung [53].

Am 11. August hoffte er dann wieder, es werde nicht zur Erledigung kommen. Er schrieb unter diesem Datum an Fr. Rohmer, die Parteien ständen sich in Luzern sehr gespannt gegenüber.

Die erbärmliche Gesandtschaft von Zürich ist dort gleich Null Die Katholiken hassen dieselbe, die Radikalen verachten dieselbe. O, Zürich spielt in Luzern eine glänzende Rolle [54].

Ein paar Tage darauf schienen sich wichtige Ereignisse vorzubereiten. Am eindrucksvollsten schildern dies die Briefe selbst. Theodor Rohmer schrieb an seinen Bruder:

Zürich, 14. August 1843.

... Diesmal erhältst Du einen historischen Brief... Die Klosterfrage steht auf dem Gipfel. Du weißt, daß Fels, der Gesandte von St. Gallen, eine Instruktion hat, nach der er nach Privatbelieben für oder gegen Aargau entscheiden kann. Erklärt sich St. Gallen mit der Konzession von Hermetschwyl für befriedigt, so sind die 12 Stimmen voll. Fels wird aber höchst wahrscheinlich sich befriedigt erklären. Am Mittwoch kommt die Sache zur Verhandlung, in zwei, drei Tagen drauf erfährt man das Resultat. Von allen Seiten bestürmt, müßte Fels mehr sein, als er ist, um nicht die Frage zu entscheiden.

Geschieht dies, so erklärt — nach allem, was man von Luzern hört, was man schließen kann und was in der Stimme von der Limmat von Luzern aus angedeutet worden — Luzern den Bund für gebrochen: erklärt, daß in ihm und den kleinen Kantonen die wahre Schweiz sei,

[53] Bl.-A.
[54] R.-A.

und fordert von den Mächten Anerkennung dieser Schweiz. Da die Klosteraufhebung den Artikel XII gebrochen hat und da die Bundesverfassung nicht bestimmt, ob, um über solche, das Bundesgesetz verletzende Angelegenheiten zu entscheiden, die Hälfte oder $^2/_3$ der Stimmen (wie in andern Sachen) notwendig ist, so kann Luzern mit formellem Recht verfahren.

Dies wird oder würde unmittelbar nach dem Entscheid geschehen.

Was weiter? Die Gesandten reisen ab, und Neuhaus — läßt marschieren. (In Luzern, wo sämtliche Tagherrn in der furchtbarsten Spannung sind, weiß man, daß Neuhaus bereits militärische Beratungen angestellt hat. Ich bemerke noch, was Du wohl weißt, daß nach der Schweizer Einrichtung sämtliche Truppen binnen zwei Tagen disponibel sind.) Neuhaus wird 1. Luzern als Verletzer des Bundes, da es sich der Majorität nicht fügt, zwingen, 2. im Hintergrund mit dem Gedanken einer neuen Bundesverfassung den Radikalismus sämtlicher Kantone für sich haben.

Inmitten dieser Ereignisse ist Zürich, das Muralt'sche Zürich, ein reines Nichts. Zürich müßte ruhig zusehen, während die Schweiz sich zerfleischt; oder vielmehr, da mit dem Bundeskrieg sogleich der Zwist in allen Kantonen losbräche, die Konservativen würden, so wie Neuhaus irgend reussierte, gestürzt.

In dieser Lage ist nur eine Möglichkeit, welche für Zürich gleich ist dem [aut] Caesar aut nihil. Zürich erklärt: gegenüber der innern Schweiz, daß es keine Trennung der Schweiz, keine Einmischung des Auslandes will; gegenüber Bern, Aargau pp., daß es nicht dulde, daß Bern die kleinen Kantone mit Gewalt unterdrücke, daß überhaupt Krieg geführt werde; es erklärt, daß es seine Vermittlung anbiete, daß es aber, falls diese Vermittlung nicht sofort angenommen wird, die Streitenden mit Waffengewalt zum Frieden zwingt (d. h. praktisch, daß es das Freyamt besetzt und sich entweder zwischen die Berner und Luzerner Truppen wirft, resp. da die Berner die Angreifenden sind, sich mit den Luzernern gegen die Berner wirft oder Bern in seinem eigenen Gebiet überzieht). Wenn Zürich dies mit Energie erklärt, so treten St. Gallen, Graubünden, Glarus, Thurgau bei, mit einem Wort, an der Spitze der östlichen Schweiz vermittelt [Zürich] zwischen der westlichen und südlichen.

Wird dieser Plan nicht durchgeführt, so tritt Bl. ab. Noch einmal mit Muralt zu gehen, ist für ihn unmöglich. (Die Radikalen nämlich werden wollen, daß man mit Bern gehe; die Muralt'sche Partei, daß man vermittle, aber friedlich, andere Chancen sind nicht da.)

Du übersiehst die grandiose Schwierigkeit der Ausführung. 1. Dieser Plan geht in keiner Weise durch, wenn man nicht dem Radikalismus Konzessionen macht. Die einzig mögliche ist die, daß Weiß (mit dem Bl. offen und privatim reden würde) in den Regierungsrat kommt. Dies zu bewerkstelligen, müßte einer fort; und dieser Eine ist — da kein andrer weggeworfen werden kann — Muralt selbst, der in Anbetracht seiner

schon öfters ausgesprochenen Absicht und in Anbetracht der für sein Alter zu schwierigen Umstände, mit Würde zurücktreten könnte. Alsdann wird Mousson erster, Bl. zweiter Bürgermeister. Bl.s Name ist in den Urkantonen durch die Klosterrede neuerdings populär; Bl.s Erhebung würde Neuhaus erschrecken, die Katholischen zur Vermittlung geneigt machen — und alles könnte gehen!

Aber wird Weiß das ungeheure Opfer bringen, Bl. (indirekt) zum Bürgermeister zu machen? Wird Muralt abtreten — mit einem Rücktritt, der das Geständnis seiner Schwäche in sich schlösse? Wird der Regierungsrat Bl.s Antrag annehmen? Wird es der Große Rat? Schon im Regierungsrat muß Bl. von vornherein sagen: « Ich trete ab, wenn Ihr nicht zustimmt ». Der Regierungsrat aber müßte dem Großen Rat erklären, er trete ab, wenn der Große Rat nicht zustimme. Bedenkt man diese Reihe von energischen Maßregeln, so erscheint es nahezu als Unmöglichkeit. Du siehst, daß, wenn Fels entscheidet und Luzern den Bruch erklärt, Bl. und Zürich in kurzer Zeit entweder alles oder nichts sind.

Vorderhand ist beschlossen worden, Hottinger nach Luzern zu schicken und den Oberst Ziegler ... holen zu lassen...

Sollte alles dies eintreten, so kann Bayern ein unermeßliches Gewicht in die Wagschale legen. Bayern müßte sogleich den kleinen Kantonen raten, vernünftig zu sein und auf Zürichs Vermittlung zu gehen. Bl. würde direkt an Metternich schreiben; Preußen wäre leicht gewonnen. (Der Kommunistenbericht hat in dieser Beziehung enorm genützt.) Bayern müßte ferner auf die andern Mächte in dem Sinn wirken, daß keine Intervention geschieht. Kurz und gut — Du weißt nun alles. Die Sache kann welthistorisch werden. Der Krieg in der Schweiz steht eventuell vor der Türe. Die nüchterne Vernunft drängt uns anzunehmen, daß Bl. vorderhand nicht durchdringen kann, wenigstens mehr als das andere. Die Reaktion würde allerdings bald kommen, aber auf Rosen liegt er dann nicht. Wie aber auch die Sachen stehen, Bayern macht sich entweder in diesem Fall eine großartige Stellung zur Schweiz — oder nie.

Sollte H. von Abel noch keine Note in Betreff der Kommunistensache habe abgehen lassen, so erinnere ihn daran. Gerade wenn Bayern später diplomatisch viel ausrichten sollte, so wäre ein vorheriges Vonsichredenmachen äußerst nützlich. Auch könnte diese Note die Prinzipien, nach denen B. die Schweiz behandelte, schon involvieren. Mit einem Wort, sie ist jetzt doppelt wichtig.

Der Beobachter wird seine Operationen damit beginnen, zu sagen, daß im eintretenden Falle nicht mehr von Parteien im Kanton Z. die Rede sein kann, sondern nur mehr von Schweizern. Muralt ist noch in Kannstadt. Käme er zu spät und könnte man vorher Maßregeln ergreifen, in die er sich fügen müßte, so wäre dies vielleicht sehr gut...

Betrachte die Sachen kühl. Sollte es Gottes Wille sein, daß die Schweiz der Punkt ist, von dem eine neue Geschichte anfängt und daß das Lg. G.[55] an den Tag kommt?...

Vor der Schilderung des weiteren Verlaufs der Dinge ist hier einzuschieben, daß Friedrich Rohmer tatsächlich mit dem bayrischen Ministerpräsidenten und Minister des Innern, v. Abel, in Beziehungen stand. Es war ihm in München besser als in Berlin gelungen, sich dem Kabinette zu nähern. Er hatte von Juni bis August mehrfache Unterredungen mit Baron Schrenck[56] vom Ministerium des Innern und dann mit Abel selbst. Die Kommunistensache gab ihm dazu die erste Gelegenheit. Später trat er dann noch in ziemlich enge Berührung mit dem österreichischen Gesandten Senfft von Pilsach[57] in München. Abel und Senfft benützten Rohmer wegen seiner nahen Verbindung mit Bluntschli als Informationsquelle, speziell für Züricher Verhältnisse, neben den offiziellen Berichten des bayrischen Gesandten in Bern, Freiherrn von Vergers[58]. Dieser war zudem im Jahre 1844 nicht in der Schweiz, sondern hatte Bayern in Baden zu vertreten. Für ihn amtierte als Geschäftsträger Baron v. Sulzer-Wart[59] in Winterthur. Von dem Augenblick an, als Bluntschlis Politik gescheitert war und ihn zum Rücktritt aus der Regierung zwang, also von Frühjahr 1845 an verlor auch Rohmer für Abel das Interesse und es kam zum Abbruch des Verkehrs.

Rohmer selbst knüpfte natürlich an diese Verbindungen hochfliegende, aber illusionäre Hoffnungen. Sein Haupterfolg war, daß es ihm gelang, mit Hilfe des Ministers und dann des Zensors, Regierungsrat August Adolph Lufft in Augsburg, an den man ihn wies, kleine Korrespondenzen in die «Augsburger Allgemeine Zeitung» zu bringen oder besser zu schmuggeln. Mit Gustav Kolb, dem Redakteur dieses wichtigsten süddeutschen,

---

[55] Langhorn-Genie = Fr. Rohmer, ein Ausdruck aus der Rohmer'schen psychologischen Nomenklatur.

[56] Karl Freiherr von Schrenck-Notzing. Damals Regierungsrat, 1806—1884.

[57] Chr. Fr. Ls Graf S.-P., 1774—1853.

[58] Ferdinand Clement von Nouvion, Freiherr von Verger, 1806—1879.

[59] Johann Heinrich Freiherr v. Sulzer-Wart, bayr. Generalkonsul und Salzhandlungskommissär, 1805—1887.

ja für damals darf man wohl noch sagen, wichtigsten deutschen Blattes, war er seit 1841 und dann besonders seit dem Skandal mit Julius Fröbel, der ein Freund Kolbs war, bitter verfeindet. Kolb ignorierte die Bluntschli-Rohmer'schen Bestrebungen in verhängnisvoller Weise und die Rohmerianer ihrerseits führten einen dauernden verzweifelten Kampf gegen dieses Organ. Wir sahen das schon beim Besuch Bluntschlis in Wien und es zieht sich als roter Faden durch die gesamte politische Tätigkeit Rohmers hindurch.

Der Aufforderung Theodors entsprechend begab er sich gleich nach Empfang der alarmierenden Nachrichten zu Abel und teilte ihm diese mit. Er schrieb an Bluntschli am 17. August, er werde nun artikelmäßige Berichte an Abel senden und bitte deshalb um möglichst einläßliche Berichte [60].

Solche erhielt er denn auch von Theodor Rohmer sowohl wie von Heinrich Schultheß und gelegentlich Bluntschli selbst in einer Ausführlichkeit, wie kaum ein Kabinett von seinem Gesandten. Sie wanderten ganz oder teilweise in das Ministerium, bis die Abreise Abels nach Aschaffenburg Ende August seinen schriftlichen und mündlichen Verkehr mit Rohmer zunächst für einmal unterbrach. Es scheint im übrigen fast, als sei Abel schon bald etwas mißtrauisch geworden gegen die Darstellung der Dinge durch Rohmer, nachdem die Klostersache einen ganz andern Verlauf nahm, als der Brief Theodor Rohmers hatte vermuten lassen. Wir wenden uns wieder dieser Angelegenheit zu.

Fast genau im selben Sinn wie Th. Rohmer schrieb auch H. Schultheß an Friedrich [61]. Der Brief enthält als Ziel der Züricher Politik in betreff des Aargau: Herstellung eines der großen Mannsklöster und Verfassungsgarantien für die Katholiken.

Waren die Befürchtungen Bluntschlis und seiner Freunde in bezug auf die Lostrennungsabsichten Luzerns berechtigt? Oechsli [62] hat festgestellt, daß schon am 20. Juli von den sieben

---

[60] Bl.-A.

[61] Undatiert N. Tr.

[62] Wilhelm Oechsli, Der Anfang des Sonderbundes nach österreichischen Gesandtschaftsberichten. Festgabe zur Einweihung der Neubauten der Universität Zürich. Phil. Fak. I., S. 54 ff. Zürich 1914.

katholischen Kantonen eine Kommission bestellt wurde, die kriegerische Maßregeln im Fall der Erledigung der Klosterfrage beraten sollte. Der päpstliche Nuntius beteiligte sich dabei nicht und auch der österreichische Geschäftsträger Philippsberg warnte. Es wurde denn auch nur beschlossen zu protestieren und die Tagsatzung zu verlassen. Da diese Vorgänge nicht verborgen blieben, beriet Neuhaus mit Aargauer Militärs über Gegenmaßregeln und benützte den «geschwätzigen» Staatsschreiber August v. Gonzenbach dazu, dies ins Lager der katholischen Kantone zu tragen und auch Philippsberg davon zu benachrichtigen.

Obwohl sich kein Brief Gonzenbachs an Bluntschli aus diesen Tagen mehr findet, so wird man doch kaum fehl gehen, wenn man ihn auch als die Quelle der Nachrichten annimmt, welche bei Bluntschli die von Th. Rohmer gekennzeichneten, fast abenteuerlich anmutenden Pläne hervorriefen. Auf der andern Seite war schuld der Artikel der «Stimme von der Limmat», den auch der «Beobachter» wiedergab [63]. Dies von dem bedeutendsten Vorkämpfer der Aargauer Katholiken, Schleuniger [64], redigierte Blatt erklärte, der Bundesvertrag sei zerrissen, wenn die Klöster aufgehoben blieben. Die katholischen Kantone könnten dann ohne jede Rücksicht auf den Bundesvertrag handeln und sich selbständig konstituieren. Wie H. Schultheß meinte, war dieser Artikel eines Mannes, der an den Beratungen der katholischen Kantone teilgenommen hatte, so gewagt und kühn, daß sie hätten annehmen müssen, diese Kantone seien zum Bruch entschlossen [65].

Trotzdem wird man sagen müssen, daß Bluntschli und seine Freunde die Sache zu ernst auffaßten, gewissermaßen durch ein Fernrohr blickten und so Dinge zusammen- und in die Nähe rückten, die erst später, dann allerdings ähnlich, sich vollziehen sollten. Drohungen der katholischen Kantone, sich vom Bunde

---

[63] Nr. 65; 15. August 1843.

[64] Johann Nepomuk Schl., Großrat, Lehrer und Redaktor, 1810—1874.

[65] Brief an Fr. Rohmer vom 16. August 1843 (N. Tr.). Schultheß befürchtete übrigens mit Recht, daß die Aargauer Regierung Schleuniger für diesen Artikel zur Rechenschaft ziehen werde.

zu trennen, waren seit 1841 ja schon öfters ausgestoßen worden. Bluntschli selbst berichtete schon am 5. September 1841 als Tagsatzungsgesandter an die Züricher Regierung, «Luzern und die innern Kantone denken wieder daran, sich aus dem Bunde zurückzuziehen, wenn derselbe ihnen gegenüber nicht gehalten wird»[66]. Dasselbe berichtete der bayrische Gesandte v. Verger aus Bern seiner Regierung am 28. Juni 1842 und am 29. Juli 1842 meldete er, Luzern habe das schwerwiegende Wort «séparation» in die Debatte geworfen; dieses zum ersten Mal von einem vorörtlichen Kanton ausgesprochene Wort werde den Tag in den Annalen der Eidgenossenschaft markieren und nicht ohne Echo bleiben[67].

Wie schwierig Bluntschlis Stellung auch innerhalb des Kantons Zürich schon war, geht aus dem Bericht Th. Rohmers deutlich hervor. Und dabei stand Bluntschli gerade damals auf einem gewissen Höhepunkt seines Ansehens infolge des Kommunistenberichtes, als Verfasser des Züricher Zivilgesetzbuches und als Vorsitzender der im August in Zürich tagenden eidgenössischen Postkonferenz[68]. Aber die Radikalen waren bereits so mächtig, daß sie ohne große Konzessionen nicht mehr zu gewinnen waren und auf der andern Seite stand ihm noch Muralt im Wege. Am 15. [August] 1843 schrieb Th. Rohmer seinem Bruder wieder und teilte mit, der Plan mit Weiß sei als zu gefährlich und persönlich zu kompromittierend durch einen viel grandioseren ersetzt.

Man wird eintretendenfalls die Häupter der Radikalen zu einer Konferenz berufen. Die Regierung wird in dieser erklären, daß sie von den Radikalen vollkommene Unterstützung zu einer kräftigen Vermittlungspolitik — carte blanche — verlangt; dagegen aber verspricht, nach Beendigung der Sache en masse abzudanken und den Großen Rat eine ganz neue Regierung wählen zu lassen. Natürlich dankt dann Muralt ab, zwar mit Ehren, nachdem er noch in der Krisis Bürgermeister

---

66 St.-A. Z., L 62/7.

67 G. St.-A. M. A. III. Schweiz, Nr. 25[1].

68 H. Schultheß schrieb Ende August an Rohmer (undat. N. Tr.): «In der Schweiz (aber nicht ebenso außer derselben) ist er neben dem radikalen Neuhaus als der erste konservative Staatsmann anerkannt und wird so behandelt...».

gewesen. Weiß kann dann mit Ehren konzediert werden. Ist dieser Plan nicht prächtig? Die Radikalen werden staunen über den moralischen Mut — sie sowohl als die Regierungsmitglieder, die etwa nicht wollen, müssen aus point d'honneur.

Im übrigen betrachte die Szission auf der Tagsatzung noch nicht als gewiß. Es kann möglicherweise alles noch friedlich gehen[69].

Unterdessen unterrichtete sich Staatsschreiber Hottinger persönlich über die Vorgänge in Luzern[70] und H. Schultheß mußte Rohmer am 16. August melden, daß Hottingers Berichte aus Luzern allen Befürchtungen oder Hoffnungen ein Ende gemacht hätten. Die Erledigung mit der Konzession von Hermetschwyl sei zwar ziemlich sicher, aber die katholischen Kantone würden sich mit einer feierlichen Protestation begnügen, da in Luzern zwischen Siegwart und Rüttimann[71] Uneinigkeit in dieser Frage bestehe. Die Gesandten der andern katholischen Kantone wollten ohne Zustimmung ihrer Landsgemeinden auch nicht handeln, nur Schwyz sei kriegslustig[72].

Eine niedergeschlagene Stimmung über die fehlgeschlagenen «Hoffnungen» — dieses Wort kehrt öfters wieder — ist aus den Briefen des kleinen Kreises in diesen Tagen unschwer herauszulesen und sie beweisen deshalb, daß Bluntschli im Grunde einen Bruch zwischen der innern Schweiz und den radikalen Kantonen gern gesehen hätte, den allerdings recht schwachen Aussichten auf eine größere politische Rolle zuliebe. Offiziell und nach außen hin wurden alle Absonderungsgelüste natürlich verurteilt. So schrieb etwa der «Beobachter» in einem Artikel «Die Bundesverletzung und die Existenz der Schweiz»[73], der sich gegen ein schon den Sonderbund propagierendes Flugblatt aus Baden richtete, die Existenz der Schweiz stehe höher als das formale Recht.

Die weitere Entwicklung der Dinge erfahren wir wieder aus den Briefen. Th. Rohmer schrieb seinem Bruder am 20. Au-

---

69 R.-A.

70 Er erstattete Bericht darüber im Regierungsrat am 17. August 1843. R.-R.-Pr. 1843, S. 281.

71 Rudolf R., Schultheiß, 1795—1873.

72 N. Tr.

73 Nr. 67; 22. August 1843.

gust 1843: « Was sagst Du zu « Viel Lärm um Nichts? » Es ist zu hoffen, daß Du A.[bel] nichts als definitiv mitgeteilt hast » ... [74]. H. Schultheß fügte dem Brief Theodors weitere Nachrichten über die Tagsatzung bei:

... Dadurch, daß die Sache in die Länge gezogen wird, bleibt freilich noch eine schwache Hoffnung. Baumgartner (der hier ist) hat Bl. gesagt, in Zukunft werde man sich bei Redaktion einer Instruktion besser in Acht nehmen, das sei freilich nicht die Ansicht des Großen Rates gewesen... Sollte übrigens wirklich die Sache mit Hermetschwyl erledigt werden, so läge das Aarg. System wirklich himmlisch vor Augen: Hermetschwyl ist das einzige unter den Aarg. Klöstern, das sich in der Tat kompromittiert hat...

H. Schultheß berichtete weiter, es sei noch unsicher, ob der Große Rat von Aargau einlenken werde.

Herr von Hochmauer [Muralt] soll ganz stolz (satisfait) sein, daß nun doch sein Antrag am Ende allein geeignet sei, die Frage zu lösen. Würde sie wirklich auf diese Art freilich nicht gelöst, aber doch beseitigt, so würde ihm das neues Selbstvertrauen geben, was auch für unsere innern Angelegenheiten nicht ohne hindernden Einfluß sein dürfte [75].

Die Entscheidung am 24. August im Großen Rat von Aargau zugunsten der Konzession meldete Th. Rohmer nach München in einem Brief, der seinen Ärger deutlich wiederspiegelt:

... Die Sache wird nun in dieser Tagsatzung ausgemacht! — für einmal. Die Katholiken haben sich elend benommen. Siegwart glaubte in Luzern das Heft in der Hand zu haben, als auf einmal der Präsident Rüttimann sich energisch gegen alle Trennung erklärte. Daher die laute Voreiligkeit in den öffentlichen Blättern. Bemerke aber wohl, daß auch die Radikalen blamiert sind. Bl. und Neuhaus sind gleichmäßig von der Tagsatzung desavouiert; Muralt hat gesiegt; was jetzt durchgeht, ist sein erster Antrag. Gegen Muralts Antrag, gegen dies eine Hermetschwyl wurde seinerzeit die Versammlung von Schwamendingen gemacht; und jetzt rühmt man sich damit... [76].

Über die Erledigung der Klosterfrage auf der Tagsatzung schrieb Bluntschli selbst an Rohmer:

Zürich, 2. September 1843.

... Die Tagsatzung ist gestern geschlossen worden. Das Ende war in

[74] Bl.-A.
[75] Undatiert N. Tr.
[76] Undatiert R.-A.

jeder Beziehung kläglich. Sie wissen, daß Aargau noch Hermetschwyl anbot, um dadurch St. Gallen zu gewinnen. Nun kam die Sache nach Luzern zurück in die Tagsatzung. Hier neue Schwierigkeit. Neuhaus wollte nun einmal nicht für vier Klöster stimmen. Er hatte sich früher gegen Hermetschwyl und gegen Muralt erklärt. Und wollte nun die Nachgiebigkeit von Aargau für sich nicht teilen. Er erklärte somit, er bleibe bei seiner früheren Abstimmung, wornach die Tagsatzung sich mit der Herstellung von drei Klöstern befriedigt habe [77], und werde nicht zu einer Befriedigterklärung auf Grundlage von vier herzustellenden Klöstern stimmen. Nun waren die Intriganten von neuem in Verlegenheit; denn St. Gallen hatte ausdrücklich die Instruktion gegeben: a) sich mit dem früheren Anerbieten von Aargau von drei Klöstern jedenfalls nicht zu befriedigen, b) zu andern Erledigungen der Sache nur Hand zu bieten, wenn durch den Beitritt St. Gallens eine Mehrheit von 12 Stimmen zu Stande komme...

Endlich gab sich der schwache Fels zu einem erbärmlichen Arrangement her, so daß in der Tat eine zwar formelle, nicht aber eine materielle Mehrheitsabstimmung da ist. Er stimmte zu der Fassung: Befriedigterklärung mit drei Klöstern und daherige Erledigung, aber mit der Reservation, daß er das nur tue unter der Bedingung, daß Aargau auch das vierte Kloster Hermetschwyl herstellen werde; ist nun aber dadurch mit seiner Instruktion in einen auffallenden Widerspruch gekommen. Die Form dieser Erledigung entspricht ihrer innern Natur somit genau. Logik und Recht sind darin gleich wenig beachtet. Die Katholiken haben protestiert. Dabei wird es wahrscheinlich bleiben; denn sie haben kein Haupt. Ohne irgendwelche große Ereignisse größer als die Klostergeschichte bleibt dieser Entscheid bestehen. Würde die Klosterfrage im Gefolge einer größern eidgenössischen Frage wiederkehren, so gäbe diese formwidrige Erledigung einen Anhaltspunkt, weil in Wahrheit doch kein wirklicher Mehrheitsbeschluß da ist... [78].

H. Schultheß meinte:

... Den Klosterbeschluß hätte ein weniger leidenschaftlicher, aber desto ruhig-entschiedenerer Präsident vielleicht verhindern können. Jedenfalls muß aber schon die Schmach eines solchen Beschlusses die Katholiken nachhaltig erbittern. Allein eine von Luzern auf den 13. ds. ausgeschriebene «Konferenz der am Bunde treu haltenden Stände» wird jetzt noch ohne Erfolg sein [79].

Bluntschli verfaßte für den «Beobachter» eine abschließende

---

[77] Sollte jedenfalls heißen «zu befriedigen habe».

[78] Bl.-A. Vgl. Eidg. Absch. Diese Form der Erledigung ist bisher, so viel ich sehe, in der Literatur unberücksichtigt geblieben.

[79] Brief an Fr. Rohmer, 5. September 1843 (N. Tr.).

Betrachtung « Die Tagsatzung und die katholische Schweiz »[80]. Hier wurden nun wieder die katholischen Kantone deutlich davor gewarnt, sich durch eine Trennung selbst ins Unrecht zu setzen. Die Klosterfrage sei leider sehr ungeeignet gewesen, die konservativen Protestanten für die Katholiken zu gewinnen, da die Klöster tatsächlich reformbedürftig und den meisten Protestanten zuwider seien. Komme aber eine andere Frage echt politischer oder echt religiöser Bedeutung, so werde eine innerlich erstarkte und selbstbewußte liberal-konservative Partei der ganzen Schweiz sicher ihre Kraft in die Wagschale für die Genesung der Schweiz legen können.

Wenn die Privatbriefe uns auch gezeigt haben, daß Bluntschli eine Trennung in gewissem Sinn nicht ungern gesehen hätte, so braucht man anderseits nicht mit den Radikalen anzunehmen, er habe im Gegensatz zu heuchlerischen Artikeln seines Blattes insgeheim geschürt und einen Sonderbund begünstigt[81]. Es war hier vielmehr einer der häufigen Augenblicke im Wirken eines Staatsmannes, wo der Trieb zu herrschen, zu lenken so stark wird, daß er selbst Entwicklungen wünscht, die seine Vernunft im Grunde verabscheut. Hier liegt eine der psychischen Wurzeln vieler Kriegsausbrüche. Daß alle verantwortlichen Staatsmänner später vorgeben, den Krieg verabscheut zu haben, ist nicht immer eine Lüge. Aber ihre Vernunft und ihr Herz, die den Krieg verdammten, waren gelähmt von dem geheimen Trieb und Wunsch, in eine Situation hineinzugleiten, die ihnen ganz neue und gewaltige Wirkungsmöglichkeiten versprach. Es genügt dazu ja oft nur die Unterlassung einer Handlung oder es kommt zu einer der neuerdings entdeckten « Fehlhandlungen ». Später aber wird der uneingestandene, aber doch im Grund bestimmende Wunsch zum unumgänglichen Schicksal umgedeutet, wenn es etwa nicht gelingen sollte, dem Gegner die Schuld aufzubürden.

[80] Nr. 71; 5. September 1843.

[81] So höhnte z. B. der « Republikaner » in Nr. 11 (2. Halbj.) vom 25. August, dem « Beobachter », dem Einbläser der Trennungsfrage, werde es jetzt bang, wo es ernst werde. Er wisse wohl, daß seine Bestrebungen mit dem Augenblick eines Sonderbundes hinfällig wären, selbst in dem günstigsten Fall einer Anerkennung der sich trennenden Kantone durch die Mächte.

Daß in Bluntschli solche Antriebe zur Herrschaft zu gelangen, sehr lebendig und sogar stark bewußt vorhanden waren, lehrt uns ein Brief H. Schultheß' an Rohmer von Ende August 1843:

... Neulich war in einer Gesellschaft, unter welcher sich auch Baumgartner befand, von der Lage der Schweiz die Rede. Bl. sagte in Bezug auf die Langsamkeit der Verhandlungen der Tagsatzung: in einem Augenblick der Gefahr müßte eben der Präsident sich zu einer Art von Diktator aufwerfen und mit dem General etc. die Hauptsache abmachen, ohne der Tagsatzung irgend etwas zu sagen, dagegen dieser eine Menge Fragen zweiten Ranges vorlegen, an denen sie nach Herzenslust sich abarbeiten könnte. Darauf entgegnete Baumgartner: Solcher Diktatoren gäbe es schon und indem er solche Möglichkeiten durchging, schloß er: Auch Sie würden wohl eine solche annehmen und — am Ende auch ich. Als aber Bl. sagte, er würde es nur unter bestimmten Umständen tun und immer könnte es nur mit Gefahr des eigenen Kopfes geschehen, meinte Baumgartner, ja, seinen Kopf hätte er doch keine Lust daran zu setzen ... [82].

Man stößt häufig bei Bluntschli auf eigenartige Parallelen zu späteren Aussprüchen und Taten eines größeren Staatsmanns in größeren Verhältnissen, zu denen Bismarcks.

Die Ereignisse nach der Tagsatzung von 1843 sind bekannt. Es folgten einander die Protestation der 7½ katholischen Kantone noch auf der Tagsatzung, die geheime private Zusammenkunft der katholischen Parteihäupter im Bad Roten bei Luzern, die Konferenz am 13. und 14. September in Luzern, auf welcher ein drohendes Manifest gegen die «bundesbrüchigen» Kantone zu erlassen beschlossen wurde. Man setzte einen Ausschuß zur Leitung der Angelegenheit ein und beriet gemeinsame militärische Maßregeln [83]. Die erste Grundlage zum Sonderbund war gelegt.

Der Große Rat von Luzern gab am 20. Oktober dem Regierungsrat Vollmacht und Auftrag, mit den andern protestierenden Ständen militärische Maßregeln zu treffen und eröffnete ihm einen Kredit auf die Staatskasse zu diesem Zwecke. Nur sieben Mitglieder stimmten dagegen [84].

Diese Beschlüsse erregten natürlich in der Schweiz größtes Aufsehen. Die radikalen Blätter sprachen schon offen von Hoch-

[82] N. Tr.

[83] Dierauer V, S. 649 ff.; Oechsli, a. a. O.

[84] Tillier, II, S. 167 f.; Feddersen, S. 361/2.

verrat. Der « Schweizerische Republikaner » in Zürich verlangte am 3. Oktober eine außerordentliche Tagsatzung, einberufen von Bern oder Zürich, wenn der Große Rat von Luzern das Trennungsprojekt annehmen sollte.

Heinrich Mousson schrieb an Bluntschli:

Zürich, den 14. Oktober [1843].

... Sollten Luzern und die Urkantone sich trennen, so würde Herr v. M.[uralt] höchstwahrscheinlich zu Militärmaßregeln die Hand bieten und was dann aus Zürichs Stellung werden soll, läßt sich leicht abnehmen. Ich hielte es aber für besser, nicht schon jetzt in ihn zu dringen, sondern unsere Kräfte auf den entscheidenden Moment zu versparen. Wie ein unglücklicher Genius schwebt er über der Klosterfrage und wird vielleicht noch ein zweites Mal den Ausschlag geben ... [85].

Als nach den aufregenden Tagen von Mitte August wieder ruhigere Stimmung einkehrte, erkannte Bluntschli wohl selbst, daß seine Stellung in Zürich viel zu schwach war, als daß eine kraftvolle neutrale und vermittelnde Haltung Zürichs unter seiner Leitung im Fall eines Bürgerkriegs möglich gewesen wäre oder gar eine Verbindung mit den innern Kantonen gegen Bern und die äußere protestantische Schweiz. Sein Bestreben ging deshalb um so mehr wieder darauf, den Frieden zu erhalten und durch diese Bemühungen den Dank der Eidgenossenschaft für Zürich zu erwerben. Hier ist einmal kurz ein Wort über Bluntschlis Neutralität einzuflechten. Er suchte stets die Rechte und Fehler beider Seiten hervorzuheben, sein Herz aber gehörte den Urkantonen. Schon der Historiker in ihm liebte diesen Kern der Schweiz und er weilte auch gern persönlich dort zur Erholung. Dagegen war Bern nicht nur radikal regiert, sondern stand als größter Kanton auch einer Vormachtstellung Zürichs, wenn man diesen Ausdruck einmal auf die Schweiz anwenden will, und damit auch der Machtstellung Bluntschlis entgegen. Bluntschli strebte zeitweise bewußt danach, Zürich zum ständigen Vorort der Schweiz zu machen, und stieß dabei auf die gleichen Aspirationen Berns, das ja endlich Zürich auch den Vorrang ablief. Daß diese gefühlsmäßige Hinneigung zu den innern Kantonen und die Abneigung gegen Bern und noch mehr gegen dessen

[85] Bl.-A.

«Vasallen» Aargau, Solothurn und Basel-Land manchmal auch die Politik Bluntschlis beeinflußte, ist begreiflich. Das nährte denn auch immer wieder den falschen gegnerischen Vorwurf, Bluntschli sei heimlicher Ultramontaner und Jesuitenfreund.

So schrieb z. B. Ernst Rohmer an Theodor Rohmer am 29. Oktober 1843 aus Freiburg, in der «Kölnischen Zeitung» heiße es mit runden Worten, Bluntschli habe mit den Luzernern konferiert und betreibe nach Kräften den Bundesbruch, um fremde Intervention zu bewirken. Er fügte empört hinzu:

So freche Lügen wagt man in deutsche Blätter zu schicken angesichts der entschiedenen und offenen Sprache, die der «Beobachter» in dieser Sache geführt hat!...[86].

Gemeint ist hier wohl der Artikel «Der Beobachter an den Großen Rat des Kantons Luzern» in Nr. 83 vom 17. Oktober 1843. Es war darin gesagt, Absonderung sei nicht kraftvolle Politik des Mannes, sondern schwache des Greises. Hoffnung auf Intervention des Auslandes wurde als nationale Würdelosigkeit und als politische Torheit bezeichnet.

Dies war vollkommen richtig. Denn wie im Jahr 1841, so bemühte sich Metternich auch 1843 vergeblich um ein Zusammenwirken mit Frankreich gegen den Klosterbeschluß der Tagsatzung.

Je passiver sich das Ausland verhielt, um so mehr hieß es für Bluntschli selbst zu handeln. Nachdem schon die beiden protestantisch-konservativen Stände Neuenburg und Baselstadt durch eine Gesandtschaft in Luzern mäßigend einzuwirken versucht hatten, ließen Bern und Zürich Noten dorthin abgehen, um zu bremsen. Bluntschli berichtete Rohmer darüber am 26. Oktober:

... Der Regierungsrat hat einstimmig ein Schreiben an den Vorort Luzern und alle Stände beschlossen... Dasselbe gefiel hier außerordentlich und wird Zürichs Bedeutung in der Eidgenossenschaft jedenfalls heben und beiden Extremen Respekt einflößen.

Vorderhand glaube ich nicht an gefährliche Schritte... Die größeren eidgenössischen Fragen, die nun auftauchen, Erhaltung der Existenz der Schweiz und Wahrung des innern Friedens gegen Bürgerkrieg, bringen uns

---

[86] N. Tr.

ein günstigeres Terrain und werden dem liberal-konservativen Prinzip Einfluß verschaffen. Sie allein sind in der Zürcher Zuschrift berücksichtigt und zwar so, daß die Radikalen verblüfft dastehen und mithelfen. Das Schreiben ist durchaus im Geist jenes Prinzips und zwar mit Nachdruck auf die liberale Eigenschaft Zürichs in der Schweiz gehalten [87].

Das Schreiben Zürichs vom 26. Oktober 1843 [88], in ruhigem Ton gehalten, erklärte jede Vereinbarung zwischen einzelnen Kantonen für bedenklich, obwohl man nicht glaube, daß mehr als einzelne Individuen wirklich an Trennung dächten. Ein Angriff auf Luzern sei kaum zu befürchten, die Erregung solcher Befürchtungen aber steigere die Gefahr des Bürgerkriegs. Sollte eine solche Gefahr eintreten und Luzern dann keine außerordentliche Tagsatzung einberufen, so halte sich Zürich dazu berechtigt, eine Konferenz aller Stände nach Zürich einzuladen, um die Gefahr abzuwenden.

Dieser letzte Vorschlag, der in abgeschwächter Weise die oben erwähnte Forderung des Republikaners wieder aufnahm, bildete wohl das von Bluntschli hervorgehobene liberale Element in dem Schreiben. H. Schultheß war nicht zufrieden. Er fand die Konzession gegenüber den Radikalen und Muralt mit seinem Anhang, also den «Borniert-Reformierten», zu groß. Es sei nicht sicher, ob Bluntschli damit Muralt dupiert habe oder ob er selbst dupiert sei. Sehr erwünscht sei das Schreiben von Bern [89]. Gegenüber dem schroffen Berner Schreiben stach das zürcherische nämlich als milde und versöhnlich ab, während es für sich allein doch vielleicht in Luzern verstimmt hätte. Man sieht aber aus dieser Sache wieder: der Weg Bluntschlis zwischen seinem politischen Ansehen nicht nur bei den gemäßigten Radikalen, sondern auch bei den eigenen Parteifreunden einerseits und der Sympathie der katholischen Kantone anderseits war schmal, allzu schmal.

---

[87] Bl.-A. Innerhalb des von Bluntschli und Rohmer auf Grund der Rohmer'schen Psychologie erdachten Schemas der Schweiz hatte Zürich in der Schweiz den Liberalismus zu vertreten.

[88] R.-R.-Pr. M. M. 2/80, S. 143—149. St.-A. Z.

[89] An Fr. R. Undat. Bl.-A.

Zürichs Schreiben befriedigte im ganzen in Luzern. Gonzenbach, kurz vorher aus Deutschland über Zürich nach Luzern gereist, schrieb an Bluntschli:

Luzern, 3. November 1843.

... Die Stimmung hier für Euch fand ich günstig — der Wunsch, Zürich von der bernerischen Vormundschaft lostrennen zu helfen, ist in aller Herzen. Eure Emanzipation, die in Eurem Schreiben liegt, erfreute allgemein... Es wurde beschlossen, Euch freundlich — Bern ernst und entschieden zu antworten...

Man will hier mit Bestimmtheit wissen, daß eine Verständigung zwischen Bern und Zürich vor der Erlassung jener Schreiben stattgefunden hat, d. h. man behauptet, die Gewißheit zu haben, daß H. v. Muralt an Neuhaus geschrieben!!! Daß ihm dies hier sehr übel gedeutet wird, ist leicht einzusehen...

Die Andeutung, welche von Zürich aus in die « Schweizerzeitung » [90] gelangt ist, als habe man fremde Intervention verlangt, dürfte wohl von Mousson herrühren und sich auf eine Äußerung Rossis gründen: der Nuntius habe in Paris und Wien angeklopft, um zu einer Demonstration zugunsten der Klöster zu vermögen. — Heißt dies fremde Intervention verlangen? Daß hier kein Mensch an Ähnliches denkt, ist überflüssig, beizufügen — überhaupt habe ich die Leute über alle Maßen ruhig und besonnen gefunden... [91].

Auch der preußische Gesandte Freiherr von Werther äußerte sich Bluntschli gegenüber sehr befriedigt über das Schreiben Zürichs [92].

Der Vorort Luzern antwortete entsprechend den Noten nach Zürich ruhig, nach Bern schärfer. Zürich wurde an seine frühere Teilnahme am Siebenerkonkordat erinnert, das auch eine Vereinbarung einzelner Kantone gewesen sei. Gegen solche zu einem der Öffentlichkeit bekannten Zweck vorgenommene Vereinbarungen brauche der Vorort nicht einzuschreiten. Den Gedanken einer Trennung weise man feierlich zurück. Bei Bundesverletzung oder Landfriedensbruch werde Luzern selbst die Geschäfte in der Hand behalten und sich nicht darauf einlassen können, daß eine Tagsatzung nach einem andern Ort einberufen werde [93].

---

[90] S. « Schweizer Zeitung » Nr. 255 vom 30. Oktober 1843.

[91] Bl.-A.

[92] Bl.-A. Schreiben vom 3. November 1843.

[93] « Beobachter » Nr. 90; 10. November 1843.

Rückblickend auf diese Angelegenheit, schrieb Bluntschli an Rohmer am 9. November 1843, Zürichs Auftreten in der Luzernersache habe schnell gewirkt.

Ein liberales Auftreten ist Zürichs Natur so entsprechend, daß der Radikalismus jedesmal verblüfft zurückweicht und die Konservativen nachfolgen. Nur darf es nicht so häufig zur Zeit noch sich an den Tag geben, weil der Zeitgeist leicht dannzumal wieder Vermischung des radikalen und liberalen Bewußtseins hervorbrächte und die konservative Haltung — so notwendig dem Radikalismus gegenüber — geschwächt würde...

Geht es so vorwärts wie seit einem Jahre, so werden Zürichs Vorortsjahre schön werden. Auch in dieser Hinsicht wäre es sehr förderlich, wenn die « Allg. Z. » endlich eine réparation d'honneur gäbe...

Mir ahndet Gutes; aber ich bin sehr sehnsüchtig, einen entsprechenden Fortschritt in München zu vernehmen...[94].

In den « Operationen » Rohmers war in den letzten Monaten ein Stillstand eingetreten. Hingegen beschäftigte den ganzen Freundeskreis im Herbst 1843 stark die Herausgabe von Theodor Rohmers Buch « Die Lehre von den vier Parteien »[95], seine Versendung an bedeutende Politiker und die Sorge für die Rezensionen. Das Buch entwickelte die schon während des Wahlkampfes von 1842 im « Beobachter » aufgestellten Prinzipien ausführlicher. Die Grundgedanken, der Vergleich von Radikalismus, Liberalismus, Konservatismus und Absolutismus mit Knabenalter, Jünglings-, Mannes- und Greisenalter, wobei alles Licht auf Jünglings- und Mannesalter, also Liberalismus und Konservatismus fiel, sind bekannt. Auf die Fülle geistreicher, auch jetzt noch interessanter Bemerkungen, mit denen Theodor Rohmer in glänzendem Stil diesen sehr umstrittenen Vergleich umkleidete, können wir hier nicht weiter eingehen. Die Begriffe der Rohmer'schen Parteienlehre aber werden in den Briefen des Kreises immer wieder angewendet, so daß ein Hinweis auf ihre Quelle nötig erscheint.

Friedrich Rohmer befand sich, wie es scheint, in den letzten Monaten des Jahres 1843 wieder in einer innern Krisis. Jedenfalls schrieb er fast nichts nach Zürich und die Freunde dort

---

[94] Bl.-A.

[95] « Friedrich Rohmers Lehre von den vier Parteien. Durch Theodor Rohmer ». Zürich und Frauenfeld 1844.

ängstigten sich darüber. Sie empfanden die unbedingte Notwendigkeit persönlicher Aussprache und so reiste Theodor Rohmer am 23. Dezember für einige Wochen nach München und Bluntschli folgte ihm am 27. dorthin nach.

Die belebende Wirkung des persönlichen Zusammenseins machte sich bald in einer verstärkten Aktivität des Kreises bemerkbar. Über den politischen Inhalt ihrer Gespräche in München erfahren wir leider fast nichts. Bluntschli besuchte Minister Abel am 2. Januar 1844 und verzeichnete im Tagebuch:

> Ich sprach lange und sehr bestimmt über die Schweiz und über F.[riedrich Rohmer] voll selbstbewußter Kraft. Die Befürchtung über ein Mißverhältnis zwischen A. und F. ungegründet. A. machte mir einen konservativen Eindruck, aber gemütlich [96].

Vor allem wuchs der Anteil des Kreises an der Zeitungsarbeit in der Schweiz sowohl wie in Deutschland. Mit Bern ergab sich schon Ende 1843 eine Anknüpfung. Der Berner Patrizier Dr. E. L. G. von Müller [97] wollte damals die «Allgemeine Schweizer Zeitung» übernehmen. Seine neun Folioseiten umfassende Erklärung vom 22. Oktober 1843, unter welchen Bedingungen er das tun wolle, wandte sich gegen die Taktik der sogenannten «schwarzen» Partei, der Patrizier. Man dürfe nicht schmollend der siegreichen Demokratie gegenüberstehen, sondern müsse sie zu veredeln trachten. Das Rad der Geschichte sei doch nicht rückwärts zu drehen. Auch müsse man ans ganze Land und nicht nur an die Erhaltung einiger Dutzend bürgerlicher Stellen denken.

Dieses kleine Manifest, das mit Bluntschlis liberal-konservativer Richtung übereinstimmte, übersandte ihm Müller am 16. Dezember 1843 [98]. Von da an standen sie in gelegentlichem schriftlichem Verkehr und die «Allgemeine Schweizer Zeitung» bildete dann unter Müllers Redaktion einen gewissen Stützpunkt

---

[96] Tagebuch Nr. III. Bl.-A. «Gemütlich» bedeutet hier mehr gefühls- als verstandesmäßig.

[97] Publizist und Pädagoge, 1815—1892.

[98] Bl.-A.

der Bluntschli'schen Politik in Bern. H. Schultheß begründete ein neues Organ, die « Wochenzeitung » in Zürich, die ab 1. Januar 1844 ins Leben trat, sich möglichst objektiv verhielt, aber doch der konservativen Politik sekundierte, von 1845 an auch mit Hilfe von teilweise recht guten satirischen Zeichnungen. In die « Augsburger Allgemeine Zeitung » brachte Friedrich Rohmer auf indirektem Wege, wie schon im Sommer 1843, einzelne Artikel und sehr großen Anteil nahm der ganze Rohmerkreis an der « Augsburger Postzeitung ». Rohmer lernte deren Redakteur Schönchen[99] Ende 1843 kennen, befreundete sich mit ihm und erlangte dadurch Eintritt in dieses Blatt gemäßigt-katholischer Richtung. Die Verbindung dauerte allerdings nur von Januar bis Mitte April 1844.

Friedrich Rohmer, durch den Besuch Bluntschlis jedenfalls angestachelt, suchte seine Beziehungen zu den Kabinetten nun auch aufs württembergische und österreichische auszudehnen.

Theodor Rohmer weilte von März bis Mitte Juli in der Westschweiz und bemühte sich dort bei den Staatsmännern von Bern, Lausanne und Genf Interesse und Teilnahme an der Bluntschli'schen Politik zu erwecken.

Die politischen Vorgänge, mit denen sich Bluntschli in den Monaten von Januar bis Juni vorwiegend zu beschäftigen hatte, waren das Manifest der katholischen Stände, die Frage der Jesuitenberufung, die Schleunigersache und die Walliser Händel. Dazwischen hinein spielte ein Pressekampf wegen der Wahl Bluntschlis zum Rektor der Universität.

Lage, Aussichten und Pläne, zugleich die oft so seltsame und phantastische Betrachtungsweise des Freundeskreises beleuchtet gut ein Brief Th. Rohmers, den er nach seiner Rückkehr nach Zürich am 20. Januar 1844 an Friedrich schrieb:

Bl. hat den ganzen Eindruck bezüglich der Schweiz festgehalten, aber doch neu und bis auf einen gewissen Grad unbekannt war ihm die deutsche Politik [sc. Fr. Rohmers] und somit auch die Wichtigkeit des « Beob. » ppp. qua deutsche Politik. Die Anknüpfung mit der « Postzeitung » resp. mit dem Katholizismus und die ungeheuren Konsequenzen der letzteren Tatsache hat großen Eindruck auf ihn gemacht. Von dem

[99] Ludwig Sch., 1817—1873.

Moment an, wo Du als Geist der Schweiz außer der Schweiz stehst (welche Tatsache bis Neujahr 1844 nicht von uns kapiert wurde), hat alles, was in der Schweiz geschieht, eine doppelte Bedeutung: eine für sie selbst und eine per Übertragung für Deutschland und rel. die Welt...

Damit höre die Ermüdung durch die hiesige Politik auf. Bluntschli werde die konservative Partei zur Weltpartei stempeln können.

Nur das bemerke ich, daß Bl. von der « Postzeitung » äußerst bedeutende Früchte für Luzern pp. erwartet; daß er glaubt, daß ein Widerspruch gegen die Einführung der Jesuiten von dieser Seite her unwiderstehlich wirken würde und daß überhaupt sich dadurch ein eminenter Einfluß auf die Katholiken der Schweiz gewinnen läßt. Was ich Dir nicht auszuführen brauche. Es kommt hiedurch zu allen deutschen Gründen für diese Zeitung ein schweizerisches unmittelbar hinzu.. [100].

Am 24. Januar trat die zweite Konferenz der katholischen Stände in Luzern zusammen und ließ von einem Ausschuß das im letzten Jahr beschlossene Manifest verfassen, das am 1. Februar an die übrigen Stände versandt wurde. Es konnte wegen der Ängstlichkeit einiger Kantone nicht in scharfem Ton gehalten werden und verlangte vor allem Instruktion der Gesandten in Richtung der Klosterherstellung, also eine Wiederaufnahme dieser Sache.

Wichtiger war die Frage der Jesuitenberufung nach Luzern, die ja schon länger drohend über der schweizerischen Politik schwebte und nun im Februar vom Großen Rat von Luzern entschieden werden sollte. Hier versuchte Bluntschli mit seinen Freunden alles, was in ihrer Macht stand — dies war nur leider nicht allzuviel —, um gegen die Berufung zu wirken. Die « Wochenzeitung » sagte gleich in ihrer ersten Nummer vom 2. Januar 1844, die Berufung der Jesuiten wäre ein wahres Nationalunglück. Th. Rohmer schrieb in den « Beobachter » einen recht scharfen Artikel « Luzern und die Jesuiten » [101] und in der « Augsburger Postzeitung » entspann sich auf Grund der Rohmer'schen Korrespondenzen eine Polemik mit einem « Isarkorrespondenten », der aus andern Gründen gegen die Berufung

[100] N. Tr.

[101] Nr. 4; 13. Januar. Er enthält z. B. den Ausdruck « die mark- und saftlosen Figuren der Jesuiten ».

schrieb. Er meinte, der Orden dürfe sich nirgends in staatliche Abhängigkeit begeben.

Der Kanton Luzern verlangte eben gewisse Garantien vom Orden. Am 23. und 24. Februar kam die Sache zur Verhandlung im Großen Rat und die Gemäßigten wie etwa B. v. Meyer erreichten den Beschluß eines Aufschubs. Es sollte erst mit dem Orden unterhandelt werden auf der Grundlage, daß er sich der Verfassung des Kantons in allen Bestimmungen zu unterwerfen und daß er über Lehrbücher und Lehrweise mit dem Bischof von Luzern und dem Erziehungsrat sich ins Benehmen zu setzen habe.

Schon am 22. Februar meldete Th. Rohmer Friedrich auf Grund eines Gesprächs zwischen dem österreichischen Geschäftsträger Philippsberg und Bluntschli:

> Er [Philippsberg] ist ein eifriger Jesuitenfreund. Die Jesuiten werden ausschlagen, weil sie sich nicht der Staatsbehörde unterwerfen wollen, rechnen aber darauf, daß nach ihrem Abschlag die Luzerner des Volkes wegen die Verfassung überspringen müssen. Jedenfalls also noch lange Zeit...[102].

Eine Rohmerkorrespondenz « ♀ Von der Schweizer Gränze, 9. März »[103], berichtete über den Luzerner Großratsbeschluß. Die « Postzeitung » habe in dieser Sache ohne Zweifel genützt.

Man erkennt aber gerade aus der Publizistik deutlich, daß zwischen der katholisch-kirchlichen oder gar der ultramontanen Anschauung und der protestantisch-konservativen Rohmers und Bluntschlis eine Kluft bestand, die hin und wieder überbrückt, nie ausgefüllt werden konnte. Es geht dies auch aus der Korrespondenz zwischen Schönchen und Rohmer hervor[104]. Schönchen hatte manchmal Bedenken, ob die Rohmer'schen Artikel sich nicht zu sehr vom katholischen Standpunkt entfernten. Auf der andern Seite regte sich aber auch Widerspruch. Bluntschli teilte am 4. April Rohmer mit, der Zensor der « Augsburger Allgemeinen Zeitung », Lufft, bezeichne die Verbindung eines Teils der Züricher Konservativen mit der « Postzeitung » für

---

[102] N. Tr.

[103] « Postzeitung » Nr. 71; 11. März 1844.

[104] Die Briefe Schönchens in N. Tr.

einen offenbaren faux pas. Bluntschli selbst erklärte, mit der «Postzeitung» sehr zufrieden zu sein; es wäre allerdings besser, sie empfinge mehr Korrespondenzen von katholischen Schweizern und sie selbst hätten noch ein tägliches protestantisches Blatt zur Verfügung[105]. Er lehnte es übrigens ab, in die «Postzeitung» zu schreiben. Er könne sich die politische Notwendigkeit denken, einmal erklären zu müssen, nie dorthin geschrieben zu haben und das könne er nur, wenn es wirklich nicht der Fall gewesen sei[106].

Rohmer verwickelte die «Postzeitung» in eine Fehde mit der «Allgemeinen». Der Hauptanlaß dazu war die Rektorwahlsache in Zürich, die in den deutschen Zeitungen stärkeren Widerhall fand, weil es sich um die Stellungnahme deutscher Professoren oder wenigstens ihrer Gesinnungsfreunde gegen die Wahl Bluntschlis handelte. Schließlich wollte Schönchen den Kampf gegen das mächtige Nachbarorgan nicht mehr weiterführen und setzte sich gegen schroffe Forderungen Rohmers, bestimmte Artikel aufzunehmen, zur Wehr. Es kam deshalb am 22. April zu gegenseitiger Kündigung der geschäftlichen, wenn auch nicht der persönlichen Beziehungen.

Andere Zeitungspläne blieben unausgeführt. Bluntschli dachte z. B. in seinem Brief vom 4. April an eine Erwerbung der «Neuen Züricher Zeitung» oder an die Gewinnung der Redaktion dieses Blattes, wozu schon 1843 sich einmal Aussichten eröffnet hatten. Die «Neue Züricher Zeitung», gemäßigt liberaler Richtung, gewann damals als tägliches Blatt besonders im Ausland größere Bedeutung. Sie hatte sich im Rektorstreit übrigens besonders scharf gegen die Konservativen und Bluntschli eingestellt. Zum mindesten, meinte Bluntschli, müsse der «Beobachter» von 1845 an ein tägliches Blatt werden. Die Geldfrage mache natürlich die größten Schwierigkeiten.

Rohmers Versuche, in Stuttgart mit dem württembergischen Kabinett in Fühlung zu treten — er hatte zwei Unterredungen mit Minister v. Schlayer[107] —, interessieren uns hier nicht weiter,

---

[105] R.-A.

[106] Brief an Fr. R., 11. April 1844. R.-A.

[107] Johannes v. Sch., 1792—1860.

da sie im wesentlichen neben dem persönlichen Wunsch Rohmers, eine Rolle zu spielen und eine hohe Stellung zu erringen, die allgemeine deutsche Politik zum Gegenstande hatten. Etwas mehr auf die Schweiz bezogen sich die wieder auflebenden Beziehungen zu Abel und die neuen zum Gesandten Österreichs, Grafen Senfft-Pilsach. Den nächsten Anlaß zu den Zusammenkünften mit diesen Männern bot die Schleuniger'sche Angelegenheit.

J. N. Schleuniger wurde Anfang März verhaftet, weil er an den Großen Rat von Aargau eine Petition gerichtet hatte, die das Klostervermögen für die Katholiken forderte und scharfe Ausdrücke gegen die Regierung enthielt. Schon vorher war er Verfolgungen ausgesetzt gewesen, so z. B. von seiner Lehrerstelle enthoben worden, weil er ohne Urlaub den Großen Rat besucht habe[108]. Nach der aufsehenerregenden Verhaftung erließ Bluntschli am 15. März im « Beobachter » ein « Kreisschreiben des Beobachters an alle konservativen Zeitungsredaktionen der Schweiz »[109] und rief sie in starken Worten auf gegen das System der radikalen Gewaltherrschaft im Aargau. Der « Terrorismus im Aargau », wie ein folgender Artikel hieß, wurde mit der Vogtei der österreichischen Landvögte und der Jakobinerherrschaft verglichen. Auch in den folgenden Nummern wurde gegen Aargau polemisiert. Am 29. März konnte dann das Blatt die Freisprechung Schleunigers melden, nachdem er schon vorher gegen Kaution aus der Haft entlassen worden war[110]. Am 19. April veröffentlichte es ein Dankschreiben Schleunigers an den « Beobachter ».

Bluntschli kam die Sache recht gelegen, weil sie ihm einwandfreie Waffen gegen Aargau lieferte, dessen Pseudoliberalismus er aufdeckte, und weil er sich dadurch bei den Katholiken der Schweiz in Gunst setzen konnte. H. Schultheß schrieb darüber an Rohmer:

Zürich, 17. März 1844.

... Das so entschlossene Auftreten des « Beobachters » hat natürlich

---

108 « Beob. » Nr. 11; 6. Februar 1844.

109 Nr. 22.

110 Nr. 26.

großes Aufsehen gemacht und auch Konservative schütteln den Kopf, d. h. sämtliche b o r n i e r t e Protestanten. Indessen hat es bereits gewirkt. Infolge des Kreisschreibens haben sämtliche konservative Zeitungen ziemlich entschiedene Artikel gebracht und der « Schweizerbote », das halboffizielle Organ der Aarg. Regierung, ist ziemlich gehalten. Durch das Kreisschreiben hat sich die konservative Partei in Zürich an die Spitze des schweiz. Konservatismus gestellt und hat bereits zweierlei erreicht: 1. die Unmöglichkeit des frühern barbarischen Verfahrens. Schleuniger ist besser gehalten, ja es heißt jetzt sogar, er werde auf freien Fuß gestellt werden; 2. wünschte die Aargauer Regierung einen Anlaß, um ihn wie so viele andere wenigstens ökonomisch und körperlich zu ruinieren, und hätte eine Bewegung, durch fortdauernde gewalttätige Behandlung Schleunigers provoziert, gerne gesehen, um bei der Gelegenheit noch den letzten Rest von Führern zu vernichten. Das ist definitiv vereitelt. Damit ist der erste Akt des Dramas allerdings beendigt. Der zweite betrifft die Petition und das Klostergut und die[ser] Akt wird sich in die Länge ziehen und muß es; denn zu schneller Entscheidung ist — Zürich zu schwach, nicht nur wegen des Radikalismus, sondern noch mehr wegen des Protestantismus. Eine äußere Krisis im Aargau wäre für Zürich lebensgefährlich. Kommt sie ungerufen (d. h. von uns), so werden wir sie nicht scheuen, selbst nicht die ziemlich sichere Aussicht, dannzumal in die Opposition zurückgeworfen zu werden, aber wir können sie nicht selbst herbeirufen. Die Petition setzt aber allerdings dem radikalen Regiment das Wasser an den Hals, denn einesteils sind darin alle Katholiken, selbst das meist radikale Fricktal einig und andernteils kann die Regierung ohne das Klostergut nicht mehr bestehen, indem sie finanziell s e h r schlecht steht und in der letzten Zeit trotz jener Aussicht fast sämtliche indirekten Steuern fast ums Doppelte erhöht hat. Was aber die Petition betrifft, so tut die Regierung das äußerste dagegen, weil sie der organisierenden Anlage wegen ganz der zürcherischen von 1839 gleicht, z. B. auch ein Komitee. Sie fürchtet einen September und natürlich klatschen ihr unsere radikalen Zeitungen lauten Beifall... Die Sache wird sich bis zur Tagsatzung, wo die Forderungen der katholischen Stände kommen, hinziehen ... [111].

Rohmer besprach diese Vorgänge, wie erwähnt, mit Abel und Senfft. Zunächst regte er eine Note Bayerns und Österreichs an Zürich an, die eine Art « freundnachbarlicher Anerkennung » für die Haltung in der Schleunigersache darstellen sollte. Abel aber war entschieden dagegen, da alles Derartige doch als Einmischung betrachtet werden würde. Rohmer änderte daraufhin seine Taktik und machte nun den Vorschlag, Öster-

---

[111] R.-A.

reich, Bayern und Württemberg sollten ein beständiges Kreuzfeuer von offiziellen Korrespondenzen in der «Allgemeinen Zeitung» über die Schweiz eröffnen. Senfft ergriff diesen Gedanken mit Wärme und bat Rohmer um ein Memoire für den Fürsten Metternich. Rohmer setzte dieses Memoire — charakteristisch übrigens für ihn — zusammen aus Briefen Theodors und Bluntschlis. Es hob hervor, daß der Schlüssel für Berns Vormachtstellung in seiner Beherrschung des Aargaus liege, und glaubte sagen zu dürfen, daß eine moralische Einwirkung von außen auf den furchtsamen Teil der Konservativen im Aargau, in Solothurn, Bern und Zürich der konservativen Sache zum Siege verhelfen werde. Dann könnte die konservative Partei die Klosterfrage an die Hand nehmen und die Fernhaltung der Jesuiten sogar nicht mehr als conditio sine qua non der Klosterherstellung betrachten. Das Memoire schließt:

Zürich könnte in der Weise, die wir anzudeuten die Ehre hatten, so stark gemacht werden, daß mit dem Ablauf der zwei Jahre, in welchen es die Schweiz vertritt, die Eidgenossenschaft eine mächtige Stütze des konservativen Prinzips sein kann, während jetzt die Revolution ihre ausschweifendsten Hoffnungen auf sie baut.

Der Hauptgedanke des Memoires scheiterte an Württemberg, dessen Mitwirkung als die eines vorwiegend protestantischen Staates unerläßlich erschien, um der Aktion nicht den Anschein rein katholischer Tendenzen zu geben. Metternich unterstützte zwar den Vorschlag durch eine Depesche an den österreichischen Gesandten in Stuttgart und Rohmer selbst schrieb an Minister v. Schlayer. Nach dem Dokumentarischen Abriß[112] soll der württembergische Minister des Auswärtigen, Graf Beroldingen[113], dem österreichischen Gesandten nicht abgeneigt geantwortet haben, aber mit Ausdrücken, die unter Hinweis auf äußere Schwierigkeiten und die Abgeneigtheit des Ministers des Innern, Schlayer, die Ausführung des Vorschlags in Frage stellten.

In Bezug auf die Jesuitenangelegenheit erkannte Rohmer, daß zwischen Abel und Senfft Meinungsverschiedenheiten be-

[112] S. 165—167.

[113] Joseph Ignaz Graf B., 1780—1868.

standen. Senfft sah wie Metternich die Berufung als inopportun an, während Abel — im Gegensatz zu König Ludwig I. übrigens — sie doch billigte.

Bluntschli erklärte während dieser «Aktion» Rohmers einmal ausdrücklich, er wolle mit irgend einem ernsthafteren Schritt der Mächte nichts zu tun haben. Rohmer ging in seinen Versprechungen und Konzessionen bezüglich der Klöster und Jesuiten jedenfalls auch viel weiter, als Bluntschli gegangen wäre. Und von den offiziellen Korrespondenzen versprach er sich in seinen Illusionen eine weit größere Wirkung, als sie tatsächlich wohl gehabt hätten[114].

Bluntschli war denn auch mit dem Plan nicht ganz einverstanden und entwickelte ein anderes Projekt bezüglich der «Allgemeinen Zeitung» in einem Brief an Rohmer vom 11. April[115]. Er beklagte den Mangel einer konservativen Presse in Deutschland. Die «Allgemeine» erhalte hin und wieder Artikel von den Kabinetten zugesandt, unterdrücke aber davon, was sie wolle oder entkräfte sie durch schleichende Gegenartikel. Er meinte deshalb, die Zeitung solle Cotta abgekauft werden. Für die Regierungen sei es ebenso vorteilhaft, Geld für den Pressekrieg auszugeben wie für den Festungsbau.

Th. Rohmer aber war anderer Meinung. Er glaubte wohl mit Recht, daß die Wirkung der «Allgemeinen Zeitung» paralysiert wäre in dem Augenblick, in dem man erfahre, daß sie aus Cottas Händen in die der Kabinette übergegangen sei, weil der Zeitgeist sich dann gegen sie wehren werde. Es bedeute mehr über ein radikales Blatt zu disponieren als ein konservatives zu besitzen[116].

---

[114] Die Angelegenheit wird in folgenden Briefen behandelt: Fr. Rohmer an Bluntschli 16. März, 19. März, Bluntschli an Rohmer 22. März, Rohmer an Bluntschli 25. März, 11. April, Rohmer an Schlayer 13. April 1844 (Kopie), sämtliche in R.-A. Konzepte des Memoires in N. Tr. Den darin enthaltenen Brief Th. Rohmers über Bern s. Th. Rohmer, Westschweiz, S. 91 ff. und Dok. Abr., S. 169—171.

Eine Nachprüfung auf Grund des Wiener Archivs war mir leider nicht möglich.

[115] R.-A.

[116] Th. Rohmer an Bluntschli, Lausanne, 20. April 1844. R.-A.

Jedenfalls wurde die Wichtigkeit der Presse für den politischen Kampf von Bluntschli und Rohmer wohl erkannt und besser als von den konservativen Staatsmännern, manchmal wurde sie vielleicht auch überschätzt. Was im besonderen die «Allgemeine Zeitung» betrifft, so ergibt eine Durchsicht für den objektiven Betrachter, daß die Klagen Bluntschlis und noch mehr Rohmers über ihren «Radikalismus» doch sehr übertrieben waren. Rohmer sah auch da viel zu sehr durch die Brille der persönlichen Verfeindung.

Im übrigen zeigte sich Bluntschli noch am 22. April hocherfreut über die Mitteilungen Rohmers[117].

Rohmer scheint damals bei seinen Unterredungen versucht zu haben, irgend eine äußere Anerkennung von Seite des bayrischen oder österreichischen Kabinettes zu erlangen. Er dachte dabei an Verleihung eines Ordens oder des Adels und finanzielle Sicherstellung. Er machte bis zum Frühjahr 1845 noch verschiedene Versuche in dieser Richtung. Ein Staatsamt dagegen scheint er nie angestrebt zu haben; er wäre dafür auch ganz ungeeignet gewesen.

Ende April 1844 nun, als Rohmer sich scheinbar nahe der Erfüllung seiner politischen und persönlichen Wünsche befand, trat, wie so manchmal in seinem Leben, plötzlich eine Art Szenenwechsel ein. Der Freundeskreis stand vielleicht im März und April 1844 am stärksten während der ganzen Zeit von 1842 bis 1847 auf der katholischen Seite, Bluntschli mit seinem «Kreisschreiben» für Schleuniger, Rohmer in engem Verkehr mit den katholischen Staatsmännern Abel und Senfft, von denen der erstere als ultramontan bezeichnet werden muß, und alle außer Bluntschli mit ihrer Arbeit an einem katholischen Blatte.

Die Reaktion aber, die sich gegen Bluntschli bei den Radikalen wie bei manchen Konservativen Zürichs wegen seines Eintretens für Schleuniger bemerkbar machte, das zögernde Verhalten Bayerns, das ganz abweisende Württembergs gegenüber den Vorschlägen Rohmers, die Reibungen mit der «Postzeitung» veranlaßten nun eine gewisse Frontveränderung der Bluntschli-Rohmer'schen Politik.

---

[117] Brief an Fr. Rohmer, 22. April 1844. R.-A.

Auch Theodor Rohmer kam in der Westschweiz zur Erkenntnis, daß die Stellung auf Seite des Katholizismus für sie doch viel Unbehagliches und Zweideutiges habe und große Schwierigkeiten in sich berge[118]. Es ist hier kurz auf seinen Aufenthalt in der westlichen Schweiz vom März bis Juli hinzuweisen[119], da er sich zu einer Art politischer Mission auswuchs. Er hatte interessante Unterredungen mit den Berner Patriziern von Müller und Zeerleder, mit dem greisen Staatsrechtslehrer K. L. v. Haller, mit dem Ordensprovinzial der Jesuiten, Rothenflue in Freiburg, dann in Lausanne besonders mit Vuillemin und Vinet, in Genf mit Rieu und Cherbuliez u. s. w. Er unterrichtete sich persönlich im Wallis über die dortigen blutigen Zusammenstöße im Mai. Zuletzt hatte er noch eine größere Zusammenkunft mit mehreren Politikern der Waadt und forderte enge Allianz der Waadt mit Zürich in der Klosterfrage und Einengung Berns von zwei Seiten her. Da aber Friedrich dringend seine Anwesenheit in München forderte, konnte er diese Bemühungen nicht weiter fortsetzen. Daß ihr Erfolg sehr zweifelhaft gewesen wäre, geht schon aus einem Artikel des Vuillemin'schen Blattes «Le courrier suisse» vom 29. März hervor, der als Antwort auf Bluntschlis Kreisschreiben erschien[120]. Die Aufklärungen Zürichs, hieß es dort, über die Vorgänge im Aargau seien sehr dankenswert, aber dem Aufruf, eine Liga zu bilden mit Zürich an der Spitze, könnte die Zeitung nicht Folge leisten. In der Schweiz stehe schon zu sehr Liga gegen Liga, Bund gegen Bund. Das Blatt fährt fort: «On n'a que trop appelé les cantons a se réunir autour de drapeaux qui n'etaient pas celui des 22 Etats conféderés. Le drapeau blanc et bleu non plus que les couleurs rouge et noire ne réunira jamais tous les cantons sous ses plis; les vrais Suisses ne connaissent pour point le ralliement que la croix et que les vieilles couleurs rouge et blanche; c'est la qu'est notre rendez-vous».

---

[118] Er führte dies näher aus in einem Brief an Friedrich vom 1. Mai 1844 aus Lausanne. N. Tr.

[119] S. Th. Rohmer, Westschweiz.

[120] Nr. 26.

Bluntschli schloß daraus, wie sorgfältig man immer das eidgenössische Moment erwähnen müsse, wenn man Zürich erwähne, um die kantonale Eifersucht nicht heraufzubeschwören[121].

Theodor Rohmer erkannte, daß der einzige hervorragende Politiker der Waadt der radikale Druey sei, daß die Konservativen Genfs sich in schwieriger Lage befänden und mußte außerdem feststellen, daß Bluntschli in der französischen Schweiz zwar geachtet, aber nicht eigentlich beliebt sei, soweit man überhaupt seine Bestrebungen kenne. Trotz der freundlichen und höflichen Aufnahme, die Th. Rohmer überall rühmen konnte, — man interessierte sich lebhaft für die Parteienlehre und Vinet insbesondere auch für die religiösen und philosophischen Spekulationen Rohmers — so erreichte er doch keine engere Verbindung Bluntschlis mit den westschweizerischen Politikern und in den nächsten Jahren gewannen auch dort fast überall die Radikalen die Oberhand.

Über einen während der Reise Theodors erfolgten Aufenthalt Friedrich Rohmers in Zürich vom 26. April bis 13. Mai bemerkte Bluntschli im Tagebuch:

... Der Eindruck war bei weitem nicht so individuell und rein wie zu Neujahr in München. Die Rasse trat viel mehr vor. Offenbar die innere Unruhe, der Durst nach Tat groß. Memoire über die Klosterfrage...[122].

Dagegen war Staatsschreiber Hottinger sehr befriedigt von Rohmer und wurde erst damals zu seinem wirklichen Anhänger. Er schrieb an Th. Rohmer nach Lausanne am 6. [?] Mai 1844:

Diese Tage werden mir unvergeßlich sein; denn jetzt verstehe ich ihn! ... Gleich am ersten Mittage setzte er uns ebenso klar als scharf auseinander, welches unsere Aufgabe nun sei. Er zeigte uns, daß Bayern — Abel — sich dem ultramontanen Absolutismus immer bestimmter in die Arme werfen wolle, daß es daher von Österreich auf der einen, von der Schweiz auf der andern Seite in Zaum gehalten werden müsse, daß es nur so möglich sei, gegen den norddeutschen Radikalismus aufzutreten, Bayern hingegen allein unterliegen, Österreich dann auf der andern Seite gelassen würde. Ich mußte fortwährend vor Freuden lachen und konnte mein Gefühl nicht besser als durch das Bild ausdrücken: Früher sind Sie von einer Bergesspitze zur andern mit Riesenschritten gesprungen,

---

[121] Brief an Fr. Rohmer, 4. April 1844. R.-A.

[122] Tagebuch III. Bl.-A.

so daß nur B.[luntschli] keuchend nacheilen konnte; nun setzen Sie einen Fuß von Zeit zu Zeit ins Tal, so daß auch ein anderer Sterblicher wie ich nachkommen kann. Jene Frontveränderung ersehen Sie aus der letzten Nummer des « Beobachters »[123] und aus der von morgen, in welcher die Skizze des leading article von Friedrich, die Ausführung von Bluntschli herrührt[124]. Über der daraus hervorgehenden neuen Behandlung der Klosterfrage neben der um jeden Preis herbeizuführenden Szission unter den Radikalen müssen, wenn auch im Hintergrund, die materiellen Fragen, insbesondere die Eisenbahnfrage, als eidgenössische, für welche jetzt wieder Auspizien da sind, tüchtig premiert werden. Friedrich und Bluntschli arbeiten sehr viel zusammen: Ein Memoire über die obige Frage, Briefe an den König von Preußen, von Bayern, an Metternich, an Guizot mit Exemplaren von B.s Buch...

Donnerstag hat er [Friedrich] eine Konferenz mit dem österreichischen Geschäftsträger in Baden und dann wird er wohl gleich verreisen...[125].

Das erwähnte Buch Bluntschlis waren seine eben erschienenen, auf Rohmer'schen Ideen fußenden « Psychologischen Studien über Staat und Kirche ». Die Begleitbriefe[126], deren Hauptzweck wiederum war, die Aufmerksamkeit der auswärtigen Staatsmänner auf die Bemühungen der Konservativen in Zürich zu richten, wiesen alle auf Rohmer als den Bekämpfer des Radikalismus hin, tönten sich im übrigen je nach dem Staate ab, in den sie gingen. So ist die Hervorhebung der schweizerischen Neutralität gegenüber Guizot schärfer, als gegenüber Metternich, Abel und dem preußischen König.

Über den Besuch Rohmers bei Philippsberg erfahren wir nichts weiter.

Das ausführliche Memoire über die Klosterfrage[127], das Bluntschli und Rohmer damals verfaßten, behandelte die an sich unwichtig scheinende Frage als bedeutsam von dem weiten Gesichtspunkt des konfessionellen Kampfes überhaupt aus. Es blieb ohne praktische Bedeutung, ist aber besonders charakteristisch für die geistreiche, jedoch viel zu komplizierte und ver-

---

[123] Nr. 36; 3. Mai 1844, brachte einen Angriff auf den ultramontanen « Waldstätter Boten ».

[124] « Protestantismus und Radikalismus », Nr. 37, 7. Mai 1844.

[125] N. Tr.

[126] Konzepte und Antworten von Abel und Metternich in R.-A.

[127] S. Dok. Abr., S. 172—176.

künstelte Behandlung politischer Fragen durch Rohmer, dessen Stempel es weit stärker trägt als den Bluntschlis. Eine eigentlich « neue » Behandlung der Frage enthielt es nicht.

Die Frontveränderung, von der Hottinger spricht, bestand in einer etwas offensichtlicheren Stellungnahme gegen den Ultramontanismus.

Das Wichtigste aber war wohl, daß Bluntschli auch in der inneren kantonalen Politik mit Rücksicht auf die eidgenössische eine deutliche Schwenkung nach links in Aussicht nahm. Schon im August 1843 hatte ja Bluntschli, wie wir wissen, daran gedacht, Weiß an Stelle von Muralt in den Regierungsrat zu bringen. Infolge der Kommunistensache Weitling, in die Fröbel und sein « Republikaner » verwickelt wurden, war damals einige Zeit lang ein deutliches Abrücken der Gemäßigten von den Ultraradikalen zu verzeichnen gewesen. Seit dem Ausfall der Wahlen von 1842 war es Bluntschli klar gewesen, daß er seine Stellung nur behaupten werde, wenn er einen Teil der Liberalen zu sich herüberziehen könne. Ideen zu einer Transaktion tauchen bei ihm und Rohmer mehrfach auf. In der Frühjahrssitzung des Großen Rates von 1843 wurde Dr. Zehnder, ein gemäßigtliberaler Mann, mit Zustimmung Bluntschlis und seiner engeren Gesinnungsgenossen in den Regierungsrat gewählt. Wichtiger aber war es für Bluntschli, auch die strenger Liberalen oder Radikalen, deren Führer Weiß und Furrer waren, so weit hinter sich zu bringen, daß er nach außen hin im Rücken gedeckt war. Zugleich galt es aber auch die Konservativen, die sich in der Aargauer Sache gespalten hatten, wieder zusammenzuschließen. Was in beiden Richtungen Bluntschli tat oder vorhatte, werden wir noch erfahren.

Im Mai 1844 wurde die Eidgenossenschaft in fieberhafte Unruhe versetzt durch die blutigen Vorgänge im Wallis und die von Aargau ausgehende Agitation gegen die Jesuiten.

Die Walliser Ereignisse und Zürichs Stellung dazu können wir hier übergehen. Sie veranlaßten die Einberufung einer außerordentlichen Tagsatzung kurz vor der ordentlichen, die sich gleich daran anschloß. Der Aargauer Große Rat marschierte bei den Instruktionen dafür wieder an der Spitze der Radikalen. Er

beschloß, den Antrag stellen zu lassen, daß die Walliser Verhältnisse durch eidgenössische Repräsentanten untersucht und die unterdrückte Minderheit geschützt werde. Und vor allem wurde am 29. Mai der Antrag Augustin Kellers angenommen, der die Ausweisung der Jesuiten aus der ganzen Schweiz von Bundes wegen verlangte.

Bluntschli bezeichnete dies als tolle Beschlüsse, die aber keine Gefolgschaft finden würden[128]. Die Jesuitenfrage trat auf einmal in der ganzen Schweiz in den Vordergrund. Auch in Zürich versuchten die Radikalen Stimmung für den aargauischen Antrag zu machen. H. Schultheß berichtete Fr. Rohmer am 5. Juni:

... Hier ist's auf einmal lebhaft und alles präpariert sich. Waller sagte im Großen Rat von Aargau: Eher werde Zürich in Trümmer gehen als Aargau[129]. Dort sieht man es klar: Entweder Z. oder A. und danach wird gehandelt. Daher der Jesuitenantrag. Man sucht eine verstärkte Auflage der Schwamendinger Versammlung. Dem muß und wird anders als 1841 begegnet werden und zwar mit äußerster Entschiedenheit. Das ist die Eigenschaft[130] auf die Klosteraufhebung. Um den « Frieden der Konfessionen zu wahren », muß — der Katholizismus vernichtet werden. Zu diesem wie zu jenem macht Aargau den Anstoß und der Seminardirektor Keller die Motion. Das geht aber nicht ohne Bürgerkrieg!!!...[131].

Am 9. Juni schrieb er:

... Heute fand hier eine Versammlung von ca. 60 Konservativen aus allen Teilen des [Kantons] statt. Sie berichtete, daß die neue radikale Partei sehr tätig sei, dagegen die Altradikalen [sich ent]schieden dagegen ausgesprochen hätten. Werden diese sich dennoch an den Schwanz von jenen hängen [?]. Beschlossen wurde: 1. wo eine Petition gegen die Jesuiten in einer Gemeinde gebracht werde, da eine [Gegen]petition unterzeichnen zu lassen, wo alles ruhig bleibt, auch nichts zu tun, 2. in einer Broschüre die Gebildeten aufzuklären und 3. ein gedrucktes Quartblatt, das volkstümlich belehrt, sogleich im ganzen Kanton zu verbreiten...[132].

Gegen die sogenannte Limmattaler Petition, die, von

---

[128] Brief an Fr. Rohmer, undat. R.-A.

[129] Nach G. J. Baumgartner, « Die Schweiz », III, S. 149, sagte Waller: « Bluntschli, Bluntschli! wahrlich, wahrlich, ich sage dir: eher wird Zürich als Aargau in Trümmer fallen ».

[130] Nach der Rohmer'schen Philosophie besteht alles Sein aus Unterlage und Eigenschaft.

[131] N. Tr.

[132] N. Tr.

L. Snell verfaßt, den Antrag Aargaus unterstützte[133], erließen 67 Konservative eine Gegenerklärung in Nr. 47 des « Beobachters ». Eine Flugschrift « Wohin führt die Aargauer Instruktion und die Limmattaler Petition? » wurde in Umlauf gesetzt[134].

Vom 11. Juni stammt folgender Brief Schultheß':

... Hier ist der Erfolg des radikalen Treibens noch ungewiß. Die Sache ist gefährlich, aber je gefährlicher, desto sicherer oder wenigstens entschiedener wird sie am Ende zu unserem Vorteile ausschlagen. In einigen Bezirken findet die Petition großen Anklang und die Ultraradikalen sind in äußerster Tätigkeit. Dagegen ist in dieser Sache eine Spaltung zwischen den Radikalen und Ultraradikalen möglich und sogar etwas wahrscheinlich, was als Unterlage für anderes bereits Eingeleitetes von enormer Wichtigkeit wäre ...[135].

All dies bewog nun Bluntschli zu einem wichtigen Schritt, von dem wir aus einem Briefe H. Schultheß' an Rohmer vom 14. Juni hören:

... Seit Ihrer Abreise ist allerlei vorbereitet worden. Eine Spaltung zwischen der alten und der neuen radikalen Partei ist vor der Tür.

1. Wahrscheinlich wird in der Aargauer Sache die konservative Partei wieder als geschlossene erscheinen und Bl. mit Muralt sich verständigen können, indem M. einwilligt, Aargau an die Rechte der Minderheit zu erinnern und Bl. die Klöster, um die als solche es sich namentlich für uns doch nicht handeln kann, faktisch und für einmal fallen läßt, rechtlich und für die Zukunft dagegen reserviert.

2. In der Jesuitensache werden die Radikalen sich trennen: 1. die Fraktion Wieland dürfte für uns sein, 2. die Ultras sind für Aargau, 3. die Mehrzahl wird wohl ein elendes Mittel à la Zehnder ... aufstellen. Dies ist wichtig, weil es das erste Mal ist, daß die alten Radikalen sich den neuen nicht an den Schwanz hängen. Der Jesuitensturm ist als solcher offenbar unter das Wasser gegangen.

3. hat Bl. mit Weiß die Grundlagen zu einem Friedensschluß über den Erziehungsrat etc. gelegt. Er stellte als Grundsatz auf: a) Anerkennung des Christentums (Achtung auch von Seite der persönlich Ungläubigen), b) Anerkennung der geistigen Freiheit (man kann Achtung, aber nicht Glauben gebieten). Bl. hat darüber am Pfingstmontag eine lange Unterredung mit Weiß gehabt, in der Weiß diese Grundsätze vollkommen annahm und damit schloß: er hätte nie geglaubt, daß sie hierüber sich so

---

[133] Im Wortlaut Jesuitenkampf, S. 12—19.

[134] Nr. 48; 14. Juni 1844. Die Nummer trägt fälschlicherweise die Zahl 47.

[135] N. Tr.

nahe ständen. — Hierauf führte Bl. seine Ansicht in einem Memoire auseinander [sic!] und schickte es Weiß, der sich schriftlich damit durchaus einverstanden erklärte. Der Erziehungsrat soll ganz umgeschaffen werden und aus einem engern und einem breitern bestehen...

Bl. hat bereits mit einigen Erziehungsräten darüber gesprochen und sie haben sich mit dem Prinzip einverstanden erklärt. Ebenso Weiß und einer seiner Freunde sagte Bl., sie hofften dafür wenigstens 20 Mitglieder des Großen Rats zu gewinnen. Sie sehen ein, daß dies weiterführt und jener Freund von Weiß erklärte offen, daß sie dann gern gegen die Ultras helfen wollten.

Weiß und Bluntschli wollten den Plan zunächst einer kleinen gewählten Versammlung vorlegen. Zur Sprache aber werde die Sache erst in der Herbstsitzung kommen.

Bei dieser Gelegenheit traten deutliche Anzeichen hervor, wie sehr ein Teil der alten radikalen Partei das Bedürfnis hat, sich als « liberal sein wollende » Partei den immer mehr als reine Jakobiner oder bloße Wühler auftretenden Neuradikalen entgegenzusetzen.

Gelingt der Plan, so haben wir für die Zukunft (denn wer a sagt, muß auch b sagen) eine geschlossene Majorität und Bl. wird nicht bloß unbestritten Bürgermeister, sondern wird es auch auf die rechte Art...

Nach außen hin wurde von diesen Verhandlungen noch nichts bekannt. Vielmehr türmten sich gerade damals überall drohende Wolken auf gegen die konservative Politik Bluntschlis. Die Gegner taten alles, um die « Beobachterklique » als vereinzelt hinzustellen[136]. Dennoch gelang es einer gewaltigen Kraftanstrengung Bluntschlis, noch einmal im Großen Rat die Wage auf die Seite der Konservativen hinabzudrücken.

Er schrieb an Th. Rohmer am 20. Juni im Großen Rat, todmüde von der gestrigen Sitzung, die von 7 Uhr morgens bis nachts 10 Minuten vor 12 Uhr gedauert habe:

... Der Sieg an diesem harten Schlachttag war unser. Zu Gesandten sind gewählt worden: H. Mousson und Gujer. Es ging etwas schwül zu: die Jesuitenfrage hat mehr aufgeregt als Sie sich denken; es gab einen sehr gefährlichen Moment[137].

Aus den Protokollen[138] geht nicht hervor, welcher Moment damit gemeint ist. Bluntschli sprach viermal. Zuerst wurden die Walliser Angelegenheiten verhandelt.

---

[136] H. Schultheß an Th. R., 18. Juni 1844. N. Tr.

[137] N. Tr.

[138] Nr. 10—22, S. 39—91.

Hierauf begann die Diskussion über die Jesuitenfrage. Bluntschli erklärte, nur mit Ekel an die Sache heranzugehen. Die Petenten gegen die Jesuiten hätten großenteils in unreiner Absicht unterschrieben. Damit meinte er natürlich die Absicht, die konservative Regierung, besonders ihn selbst, zu stürzen. Er werde als Jesuitenfreund hingestellt trotz seiner offenen Sprache in dieser Angelegenheit. Der Staat habe sich in konfessionelle Dinge nicht einzumischen. Aargau aber arbeite dementgegen durch Aufregung der konfessionellen Leidenschaften bewußt auf Revolutionierung der ganzen Schweiz hin. Die Worte Wallers bewiesen, daß Aargau den Bund zertrümmern wolle.

Auch Hottinger sprach und betonte, daß gar keine bestimmten, die Jesuiten belastenden Tatsachen vorlägen[139].

Der Antrag des Regierungsrates, der die katholischen Stände nur dahin ermahnen wollte, ein weiteres Umsichgreifen des Ordens, der die eidgenössische Politik hemme und störe, von sich aus zu verhindern, die Ausweisung der schon in der Schweiz befindlichen Jesuiten aber ablehnte, wurde mit 97 gegen 78 Stimmen angenommen. Bluntschli versuchte in die Instruktion auch eine Mahnung an die Aargauer Regierung hineinzubringen, ihrerseits ebenfalls die Interessen der Minderheit zu berücksichtigen, drang aber damit nicht durch.

Die Klosterfrage erklärte Bluntschli hingegen zur Zeit nicht wieder aufrollen zu wollen, obwohl er die Aufhebung der Klöster nach wie vor für ungerecht halte.

Über die Verhandlungen berichten noch folgende Briefe: Bluntschli an seine Frau (in Teuffen):

Zürich, 21. Juni 1844.

Der ganze Sturm, welcher von Snell erregt war, um vornämlich mich zu stürzen, ist somit ohne Gefahr vorübergezogen und hat die Konservativen befestigt ...[140].

H. Schultheß an Fr. Rohmer:

Zürich, 21. Juni 1844.

Erst jetzt erfahre ich: der Eindruck des Ausgangs des Großen Rats ist über alle Begriffe gut. Bl. hat mit glänzender Beredsamkeit alle Fragen

---

[139] S. im übrigen die Schilderung der Verhandlungen bei Zimmermann, S. 177/8.

[14] Bl.-A.

durchgerissen; selbst die Radikalen machen ihm Komplimente und der Eindruck einer ganz konservativen Gesandtschaft wird in der übrigen Schweiz unendlich bedeutender sein als hier. Draußen glaubte man darum bisher nicht an das Übergewicht der Konservativen ...[141].

Am selben Tag schrieb Bluntschli an Fr. Rohmer:

... Die Gärung in den Gemütern ... ist überall groß und es ist unmöglich, daß es länger so fortgehe. Macht man nicht Luft nach Außen, so wird sich der aufgehäufte Gärungsstoff im Innern entladen. Die Franzosen sind über die Revolution hinaus; die Deutschen — ohne es zu wissen — mitten in den Anfängen derselben. Bei uns tritt sie zu Tage, ist aber teilweise überwunden; ganz wird sie es sicher nicht, bevor sie in Deutschland gebändigt ist ...[142].

Den Eindruck auf die auswärtige Diplomatie geben folgende Briefe wieder:

Werther, der preußische Gesandte, schrieb an Bluntschli:

Luzern, den 29. Juni 1844.

Er habe mit Vergnügen «das erfreuliche Resultat des kräftigen und gewandten Zusammenhaltens der konservativen Partei» wahrgenommen. Für die Verhandlungen der Tagsatzung ist es auch gewiß ein sehr glückliches Ereignis, Zürich daselbst wieder von konservativen Deputierten und auf so würdige Weise repräsentiert zu sehen ...[143].

H. Schultheß an Fr. Rohmer:

Zürich, 24. Juni 1844.

Ihre Badener Bekanntschaft [der österreichische Geschäftsträger Philippsberg] war gestern inkognito hier, wie es scheint, zu keinem andern Zwecke als um einen Eindruck vom Ausgang des Großen Rats zu erhalten. Er war bei Bl. und war sehr zufrieden: Nun sehe man auf einmal, daß die Konservativen in Z. das Übergewicht hätten; so lange Z. nur radikale Gesandte geschickt, habe kein Mensch daran glauben wollen etc.[144].

Die leidenschaftlichen Verhandlungen der außerordentlichen Tagsatzung Ende Juni und der ordentlichen Tagsatzung vom 1. Juli bis 8. August verliefen im Sinne des Züricher Instruktionsantrags: keine Einmischung im Wallis, keine Wegweisung der Jesuiten, Erklärung der Aargauer Klosterfrage für erledigt. Gegen letzteres verwahrten sich die 7 katholischen Kantone

---

141 N. Tr.
142 R.-A.
143 R.-A.
144 N. Tr.

wiederum in scharfen Ausdrücken, so daß die Züricher Gesandtschaft eine Gegenverwahrung gegen den Vorwurf des Bundesbruchs einlegte, der sich 11²/₂ Kantone anschlossen[145]. Zürich nahm also eine scheinbar energische Haltung gegen die katholischen Kantone ein. Der wirkliche Grund dafür geht aus einem Schreiben Moussons an Bluntschli hervor:

Luzern, 21. August 1844.

... Zwei Tage haben wir die widerwärtige Jesuitenfrage behandelt. Alle katholischen Kantone haben sich mit aller Energie gegen diesen Eingriff in ihre konfessionellen Rechte ausgesprochen und jeden Versuch einer Einmischung des Bundes in diese Verhältnisse als casus belli bezeichnet. Überhaupt hat dieser saubere Antrag zu nichts gedient, als den katholischen Fanatismus aufs höchste zu steigern, den Jesuiten einen Heiligenschein um das Haupt zu ziehen und ihnen den Weg nach Luzern zu bahnen. Alle Unbeteiligten erhielten den Eindruck, daß noch ein paar solche Diskussionen erforderlich seien, um den konfessionellen Krieg zum Ausbruch zu bringen. Ich habe mich sehr zurückhaltend benommen und gerade so viel getan, als meine Instruktion erforderte. Wenn ich diesfalls im Großen Rat angegriffen werde, so zähle ich auf die Unterstützung der konservativen Partei. Heute habe ich die Gegenerklärung in der Klostersache zu Protokoll gegeben. Lange zauderte ich, mich (wie man mich darum ersucht hatte) mit den andern Gesandtschaften der Mehrheit darüber zu verständigen. Zuletzt überwog aber die Betrachtung, daß dies das einzige Mittel sei, drohenden und aufregenden Erklärungen vorzubeugen, wie sie Bern und Konsorten beabsichtigten. Nach vielem Hin- und Herreden, jedoch ohne Abhaltung einer Konferenz, die ich entschieden ablehnte, wurde man einig, nachdem Neuhaus (nicht ohne großes Widerstreben) auf seine Kriegserklärung verzichtet hatte.

Ich denke, die katholischen Kantone sollten keinen Anlaß zu neuen Manifestationen an der abgegebenen Gegenerklärung finden ...[146].

Nach seinem Sieg über die Radikalen im Großen Rat wollte Bluntschli die oben gekennzeichnete Frontveränderung vollziehen und Frieden mit der Gegenpartei schließen. Er schrieb an Rohmer am 28. Juni 1844, man müsse die Buben nicht nur züchtigen, sondern müsse sie auch anerkennen.

So kommen wir keinen Schritt vorwärts; bloß des Eigensinns wegen, in den wir die Radikalen hineingeprügelt haben. Das muß sich spürbar ändern; damit die ordentlichen Radikalen helfen, sie mögen

---

145 Eidg. Absch. 1844, S. 205—207.

146 Bl.-A.

nun innerlich wollen oder nicht... Dazu kommt ein großes Friedensbedürfnis der Menge, welches uns ein erbärmliches juste-milieu notwendig bringt, wenn wir nicht selbst den Frieden herbeiführen. Es wird in der Schweiz ebenso kommen...[147].

Bluntschli befand sich aber in der schwierigen Lage, der entschiedenste Vorkämpfer der Konservativen und jetzt doch der Mann zu sein, der am entschiedensten für einen Friedensschluß eingenommen war. Jeder Schritt den Radikalen entgegen konnte ihm den Einfluß auf die konservative Partei rauben. So hat man den Eindruck des Zögerns und Schwankens gerade in dieser Zeit, in der nach außen hin seine Stellung noch unerschüttert schien. In diesen Sommerwochen entschied sich sein politisches Schicksal und nicht erst bei der doch mehr oder weniger zufälligen Wahl vom Dezember 1844. Das fühlte er wohl selbst. Ein falscher Schritt und — statt an der Spitze einer liberal-konservativen sicheren Mehrheit stand er vereinzelt als Führer einer kleinen Klique da.

Bluntschli gehörte zu jenem Typus des Parlamentariers, der allzusehr den Schwerpunkt der Politik ins Parlament, in das Spiel der Fraktionen verlegt und zu wenig auf die gesamte Volksstimmung Rücksicht nimmt. Er erkannte sehr wohl diese Notwendigkeit in einer Demokratie und klagte darüber, daß die konservative Partei ihre Siege im Großen Rat nicht im Volke ausnütze[148], aber er selbst war auch nicht dazu geartet, das Volk in seiner Masse mit sich zu reißen.

Und so ist zu beobachten, daß Bluntschli oft zur selben Zeit, wo er einen parlamentarischen Sieg erficht, im Volk eine Niederlage erleidet. Während der für ihn erfolgreichen Kommunistensache im Sommer 1843 wurden die Konservativen in den Gemeinde- und Bezirkswahlen geschlagen. Und bald nach seinem Sieg im Großen Rat vom Juni 1844 wurde der junge Dr. Alfred Escher in den Großen Rat gewählt, « ein Verwandter, Schüler und geistiger Erbe von Dr. Keller », wie sich der « Beobachter » ausdrückte[149]. Dieser scharfe Kopf und ausgezeichnete

---

147 R.-A.

148 So z. B. an Fr. Rohmer, Zürich, 9. August 1844. R.-A.

149 Nr. 59; 23. Juli 1844.

Redner wurde bald Bluntschlis gefährlichster und bitterster politischer Feind. Außerdem mißlangen den Konservativen noch zwei andere Nachwahlen.

Den Ärger Bluntschlis darüber spiegeln mehrere Briefe an seine Frau wieder. Er war damals zur Erholung in Teuffen. Er tadelte auch den Vergleich Eschers mit Keller im «Beobachter» und veranlaßte oder schrieb selbst einen andern Artikel, in dem Escher als «fleißiger Jurist» bezeichnet wurde, der aber nur wegen seiner Leidenschaftlichkeit, die den Geist nicht ersetzen könne, gewählt worden sei [150].

Gegenüber solchen Vorgängen konnten die «diplomatischen Operationen» Rohmers Bluntschli wenig Trost gewähren.

Nach seiner Rückkehr von Zürich nach München ging es damit überhaupt nicht voran, obwohl er nach einem Brief Bluntschlis an Theodor vom 15. Mai mit dem bestimmten Entschluß abgereist war, den Kabinetten zu sagen: Entweder-Oder! Er und der bei ihm wohnende Otto Schultheß ließen längere Zeit nichts Eingehendes von sich hören und Bluntschli hoffte deshalb um so mehr wieder auf die vermittelnde Natur Theodors, der aus Lausanne über Zürich am 16. Juli 1844 in München eintraf. Er blieb von da an der ständige und nächste Mitarbeiter seines Bruders und opferte ihm seine ganze Kraft.

Es sollte nun endlich etwas Entscheidendes geschehen: Rohmer wollte Metternich selbst bei dessen Sommeraufenthalt in Ischl persönlich sprechen. Theodor besuchte deshalb den Grafen Senfft und reiste dann nach Ischl ab, wo er am 23. Juli ankam. Bluntschli meinte seiner Frau gegenüber:

... Da der König von Pr. und Fürst Metternich in Ischl konferieren, so wird F. möglicherweise dort einen gewaltigen Schritt vorwärts tun können und Theodors Reise dahin ist gewiß als Vorbereitung sehr gut ... [151].

Friedrich, der nachreiste, wurde denn auch am 29. Juli von Metternich empfangen. Er berichtete Bluntschli darüber:

Ischl, 2. August 1844.

... Schon vorigen Montag, den 29. Juli, hatte ich die Freude, vom Fürsten Staatskanzler in einstündiger Audienz empfangen zu werden. Der

---

150 Nr. 63; 6. August 1844.

151 Bl.-A.

Fürst sprach in dieser ersten Audienz, einige wohlwollende Äußerungen über den hiesigen Badegebrauch und die spezifisch wohltätige Wirkung der hiesigen Bäder ausgenommen — nur von der Schweiz, in so freier und loyaler Weise und mit so staatsmännischer Übersicht, daß ich sehr erfreut war. Ihre steigende Konsolidation erhält für Fälle äußerer nachteiliger oder gar übergreifender oder hemmender Ereignisse, wie ich mit wahrer Überzeugung sagen kann, in den Gesinnungen Österreichs eine Garantie, die wohl jede Gefahr aufhebt.

Den Mangel an Zentralisation beklagte der Fürst aufs Höchste, wie wir alle [152]. « Hier liegt die Schwierigkeit — man muß dieses von allen Parteien ersehnte Ziel den Radikalen aus den Händen nehmen und konservativ erreichen ». Ein wichtiges Wort setze ich Ihnen noch her: « Ich kenne keine deutsche Schweiz. Es gibt nur eine Schweiz — diese muß, wie sie ist, konserviert werden oder es gibt keine mehr; die französische oder italienische Schweiz trennen wollen, hieße die Schweiz aufheben ».

Zum Behuf einer weiteren Audienz über die deutschen Angelegenheiten wünschte der Fürst eine kurze schriftliche Aufzeichnung der zu erörternden Gegenstände, damit er vorbereitet sei und eine « nutzbringende » Unterhaltung geführt werden könne. (Sie ist heute abgegangen.) Mündlich mehr über die Beurteilung derjenigen schweizerischen Zustände, welche ich mit dem Fürsten besprach...

Die verlorenen Wahlen sind freilich nicht angenehm. Können Sie nicht mit jemand anders als Weiß anbinden? Auch bitte ich Sie, ... die Schädlichkeit der kleinen Blätter nicht unberücksichtigt zu lassen. Th. sprach mir von dem Wiedererstehen der Flugblätter... [153].

Eine zweite, von Th. Rohmer erbetene Audienz kam nicht zustande wegen der Erwartung hoher Besuche von Seite des Fürsten. Die verlangte schriftliche Aufzeichnung befaßt sich nicht mit der schweizerischen Politik.

Friedrich Rohmer wollte Bluntschli persönlich in Zürich besuchen, um ihm genauer zu berichten. Dieser aber verhinderte Rohmers Besuch in Zürich, weil er fürchtete, daß etwas von der Audienz bei Metternich durchsickern könnte. Er schrieb, die Radikalen würden ein Halloh über auswärtige Einflüsse erheben und auch die Konservativen würden schüchtern und mißtrauisch werden [154]. Er reiste deshalb Rohmer nach Lindau entgegen und besprach sich dort mit ihm. Darnach schrieb er an Theodor:

---

[152] Vgl. hiezu Gutknecht, S. 29.

[153] R.-A.

[154] An Fr. Rohmer, Zürich, 20. August 1844. R.-A.

Zürich, den 28. August 1844.

... Durch die Zusammenkunft mit Fritz ist mir vieles klar geworden, was vorher verworren in meinem Gefühle lag. Ich habe einen sonderbaren Eindruck von dem großartigen Gang seiner politischen Operationen, welche ihn in so kurzer Zeit zu einer von den Kabb. anerkannten politischen Macht erhoben haben. In meiner Stellung ist es mir Pflicht, voraus die Natur der Schweiz, so weit ich sie erkenne und in mir verspüre, festzuhalten und von da aus als Übergangs- und Vermittlungsorgan zu dienen. Er selbst hat das lösende Wort dafür ausgesprochen: ich hatte nur den Drang dahin, aber es war richtig im Ganzen ...[155].

Rohmer erklärte, wie es scheint, sich fortan ganz auf die deutsche Politik werfen zu wollen und die Schweiz sich selbst zu überlassen. Vielleicht wirkte auch Bluntschli nach dieser Richtung etwas auf Rohmer ein; denn immer wieder hatte er gegen Illusionen des Freundes, der nicht mehr im persönlichen Kontakt mit der schweizerischen Politik stand, anzukämpfen; manche Artikel Rohmers in «Postzeitung» und «Allgemeiner Zeitung» hatten mehr geschadet als genützt. Trotzdem faßte Bluntschli jetzt den Mut, die Unterredung Fr. Rohmers mit Metternich in einem Artikel «Österreich, Frankreich und die Schweiz»[156] anzudeuten. Es wurde darin gegenüber etwaigen österreichischen oder französischen Gelüsten betont, daß die Schweiz ihre Existenz Gott, der Natur des Landes, einer großen Geschichte und dem eigentümlichen republikanischen Sinn ihrer Bewohner, nicht aber den Großmächten oder ihrer Eifersucht verdanke. Sie wäre ein unverdaulicher Bissen für Frankreich wie Österreich. Der Artikel wollte Gerüchten entgegentreten, die auch im «Journal des Débats» ausgesprochen waren, daß sich nämlich die katholischen Stände auf die Hilfe Österreichs stützten und mit ihm über einen Bund unterhandelten, und er hatte wohl auch den Zweck, Metternich an seine Äußerungen gegenüber Rohmer zu erinnern. Denn Bluntschli wünschte sehr, diesen Artikel in die «Augsburger Allgemeine Zeitung» aufgenommen zu sehen[157].

Wenn Bluntschli eine Einwirkung Österreichs wünschte, so

---

155 R.-A.

156 «Beobachter» Nr. 71; 3. September 1844.

157 Brief an Th. Rohmer, 28. August 1844. R.-A.

natürlich keinesfalls auf Seite der katholischen Stände, sondern nur als «moralische Stützung» des vermittelnden Zürichs. Aber gerade die Audienz Rohmers bei Metternich mußte es Bluntschli aufs neue klar machen, daß er keineswegs stark auf die auswärtigen Mächte für seine Pläne rechnen konnte, sondern daß er für die von ihm in Aussicht genommene Vorortspolitik vor allem Bundesgenossen in der Schweiz und in Zürich selbst finden mußte.

So sehen wir ihn denn im Sommer und Herbst 1844 besonders eifrig die Hände nach Freunden in andern Kantonen ausstrecken. Schleuniger, der jetzt in Luzern lebte, besprach sich mit Gysi und Schultheß über die Frage der Gründung eines gemäßigt katholischen Blattes in Luzern, das unter der Leitung Schleunigers gegen die Jesuitenberufung opponieren sollte.

In Luzern war wenig Hoffnung auf eine konservative Opposition gegen den Absolutismus, um in Rohmer'schen Ausdrücken zu sprechen; denn die Gemäßigten drohten sich eben selbst zu spalten, wie auch H. Schultheß an Rohmer schrieb[158].

Hingegen schien sich in Bern etwas im Sinne Bluntschlis zu regen. Gegen die Berner Politik in der Jesuitenfrage wollten Anfang Juni Blösch, Schnell und Bitzius-Gotthelf entschieden Opposition machen und letzterer sollte den «Volksfreund» übernehmen. H. Schultheß berichtete dies Th. Rohmer und fuhr fort:

> Dadurch ist Tavel von Neuhaus getrennt und Neuhaus wird sicher Dummheiten machen auch zu Haus, sobald er zu Haus angegriffen wird! Les affaires marchent!...[159].

Auch der «Beobachter» unterstützte und belobte die Berner «Liberal-Konservativen», ihre entschlossene Oppositionsstellung, wie sie sich im «Volksfreund», in der «Allgemeinen Schweizer Zeitung» kundgebe. Auszüge aus der letzteren zeigten die Anwendung der Parteienlehre[160].

In einem Brief an Rohmer vom 9. August 1844 hoffte Bluntschli, Bern werde bis 1846 konservativ werden. Ohne daß

---

[158] Undat. N. Tr. Danach scheint B. Meyer einer der Männer gewesen zu sein, die diese Zeitung beabsichtigten.

[159] Undat. N. Tr.

[160] Nr. 61; 30. Juli, und Nr. 62.

die drei Vororte Bern, Zürich und Luzern sich zu einer Verbesserung des Bundes die Hand reichten, sei diese von innen heraus unmöglich. Er fuhr dann fort:

Kennen Sie den Juden Birkenthal, einen beinahe fanatischen Konservativen, der eine große Organisation der Konservativen in Europa anstrebt; und dafür reist wie ein alter Apostel; vorherrschend aus religiösem Trieb, aber darin doch frei...[161].

Durch Birkenthal suchte Bluntschli näher mit Blösch anzuknüpfen. Die Biographie dieses Mannes sagt darüber: «Alle, welche aus rechtlichen oder konfessionellen Gründen erschrocken waren vor der Neuhausischen raison d'état und der bereits eingerissenen gesetzlichen Willkür, aber auch alle die, welche einer Bundesrevision prinzipiell sich widersetzten, wurden dadurch veranlaßt, auf Blösch ihre Hoffnungen zu setzen und glaubten in ihm den Mann zu sehen, der berufen sei, im Kanton Bern eine Wendung herbeizuführen»[162]. Er sei aber nicht gewillt gewesen, sich in die Gefolgschaft eines Siegwart oder eines Bluntschli einreihen zu lassen. Zwei merkwürdige Gespräche bewiesen dies. Das eine fand mit dem Herrn von Birkenthal am 6. September 1844 statt. Bluntschli hatte ihm eine Empfehlung mitgegeben. Birkenthal machte Andeutungen über die Wünschbarkeit einer näheren Parteiverbindung zwischen den Bekennern konservativer Grundsätze. Blösch aber erklärte, allen derartigen Verbindungen abhold zu sein; denn es komme da auf den Standpunkt an, von dem man ausgehe. Veränderungen, wie die vom 6. September 1839 in Zürich, wünsche er nicht herbeizuführen.

Eine solche Äußerung zeigt, wie stark Bluntschli durch den September, beziehungsweise die darauf sich stützende radikale Agitation in der Schweiz, selbst bei Konservativen kompromittiert war. Von Bluntschli selbst sagte Blösch, daß er ihn hochschätze als einen Mann von ausgezeichneten Kenntnissen und festem Charakter, daß ihm aber doch eine nähere Berührung mit Bluntschli schwer fallen würde und sie sich über manche

---

161 R.-A.

162 Blösch, S. 144/5.

Punkte kaum verständigen könnten. Vor allem beziehe sich dies auf Bluntschlis Einstellung gegen Neuhaus, die er nicht teilen könne. Obwohl er selbst als Gegner Neuhaus' gelte, so achte er ihn doch hoch und suche seinen Sturz nicht. Besonders bedauere er die persönliche Gereiztheit Bluntschlis gegen Neuhaus, um so mehr, als diese Stimmung sich auch in die Beurteilung der sonstigen Berner Zustände hineintrage.

Acht Tage später trafen Bluntschli und Blösch bei einer Versammlung der Schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft zusammen. Am zweiten Tag hatten sie eine Unterredung auf einer öffentlichen Promenade zusammen. Bluntschli entwickelte die der Schweiz drohenden Gefahren durch die in ganz Europa sich zeigende Gärung. Wolle sie diesen einig entgegentreten, so seien zuerst die kirchlichen Zustände durch Beruhigung der katholischen Schweiz und die politischen durch eine Bundesreform zu verbessern. Es komme vor allem darauf an, die dazu gewillten Männer aus allen Kantonen, besonders aber aus Bern und Zürich zusammenzuschließen. Blösch erklärte demgegenüber, daß er die geschilderten Gefahren nicht verkenne, die vorgeschlagenen Mittel aber nicht billige. Er selbst sei ohne offizielle Stellung; es müßten aber vor allem Regierungsmitglieder für diesen Zusammenschluß gewonnen werden. Als Blösch dabei auf Neuhaus anspielte, war Bluntschli sehr betroffen und äußerte sofort seine entschiedene Abneigung gegen Neuhaus' schroffes, barsches Wesen und seine unitarische Politik. Blösch verteidigte den Standpunkt Berns. Bluntschli aber blieb dabei, es sei für ihn und alle Konservativen eine Unmöglichkeit, mit Neuhaus zusammenzuwirken. Zum mindesten müßte ein Mann in die Regierung von Bern eintreten, zu dem man Vertrauen habe und der imstande sei, der bernischen Politik in eidgenössischen Dingen eine bessere Richtung zu geben. Blösch aber entgegnete auf diese deutliche Anspielung, aus seiner Opposition dürfe man nicht den Schluß auf persönliche Absichten ziehen.

Zuletzt gab Bluntschli noch fast neidisch zu, daß Bern nahezu der einzige Kanton mit einer starken Regierungsgewalt sei. Blösch erwiderte darauf, daß sie eben deshalb mit ihrer Opposition behutsam seien, um diese Kraft nicht zu schwächen. « Ja,

bei Gott», rief Bluntschli aus, «das ist wahr und aus diesem Gesichtspunkt habt ihr recht! Traget Sorge zu eurer Regierungsgewalt. Hätten wir sie nur auch!»

Seit einiger Zeit war E. von Müller Redakteur der «Allgemeinen Schweizer Zeitung» in Bern und er schrieb an Bluntschli am 10. September 1844, sie finde allmählich Anerkennung, auch bei Ultras. Auch Müller traf mit Birkenthal zusammen und fand dessen Ansichten schön und praktisch, aber allerdings nicht schnell durchführbar[163].

Die konservative Partei in Bern war also ebenfalls nicht als starker Faktor in die Rechnung Bluntschlis einzusetzen. Das partikular-kantonale Gefühl war bei den konservativen Berner Politikern stärker als die allgemeine politische Gesinnung, die sie mit Bluntschli hätte verbinden können.

Die Anfang September wiederum in Zürich zusammentretende eidgenössische Postkonferenz gab ihrem Vorsitzenden Bluntschli jedenfalls Gelegenheit, mit den Parteiführern aus andern Kantonen auch über politische Dinge zu reden. Ähnlich wie schon der «Beobachter» im Jahre 1843[164] schrieb H. Schultheß im September 1844 an Fr. Rohmer:

Die eidgenössische Postkonferenz war die Unterlage einer künftigen Bundesrevision. Der Weg, der dort eingeschlagen wurde, kann auch hier allein zum Ziele führen und wird es auch. Für Bl. war es eine treffliche Schule. Die Abgeordneten waren alle eminent zufrieden und erklärten laut, wenn man die Bundesrevision so beginne, so werde sie gelingen. Das liberale Auftreten Zürichs wurde allgemein anerkannt... Bl. hat mit mehreren über sein Bundesprojekt gesprochen und es teilweise nach ihren Entwürfen trefflich modifiziert. Selbst Radikale erklärten, sie seien voll Erwartung auf das Zürcher Vorortsjahr. Zürich ward ohne weiteres als «postalischer Vorort» anerkannt...[165].

Das Wichtigste aber war und blieb in dieser Zeit doch für Bluntschli die Schaffung eines gesicherten Kommandostandes im Kanton selbst. Bluntschli arbeitete an der Konsolidierung der konservativen Partei durch Gründung eines konservativen

---

[163] Bl.-A. Der weitere Inhalt des Briefs bestätigt das in der Biographie Blösch's Dargestellte.

[164] S. o. S. 259.

[165] Undatiert N. Tr.

Vereins und zugleich verfolgte er seinen Plan der Versöhnung und Verbindung mit dem gemäßigten Teil der Radikalen weiter. Die Herbstsitzung des Großen Rates nahte heran, welche die Entscheidung über die «Transaktion» bringen sollte. Der «Beobachter» suchte durch mehrere Artikel den Frieden vorzubereiten. So betonte er am 2. Juli in einem Artikel «Der Große Rat, die Parteien und die Presse»[166] die Notwendigkeit, sich mehr materiellen und praktischen Fragen zuzuwenden. «Wir wissen auch, daß manche Glieder der Opposition diese Notwendigkeit schon lange fühlen und freuen uns, daß ein Mann der Opposition, Herr Oberst Weiß, dieselbe im letzten Großen Rat bereits anerkannt hat». Man sollte im Interesse der Lösung eidgenössischer Fragen einen innern Waffenstillstand schließen.

In Nr. 59 vom 23. Juli enthielt der Artikel «Die Parteien im zürcherischen Großen Rat» die von Bluntschli noch in seinen «Denkwürdigkeiten»[167] angewandte arithmetische Formel für die Parteiverhältnisse in Zürich. Die Parteien stünden sich gegenüber wie + 1 und — 1, so daß nichts Positives zustandekomme. Der Artikel forderte zu Vorschlägen über Verbesserung des Erziehungswesens auf, die wohl denkbar seien. Dies bildete ja seit 1830 und noch mehr seit 1839 den Hauptzankapfel innerhalb des Kantons.

Was nun eigentlich innerhalb der Parteien und zwischen ihnen bis zur Motion Bluntschlis im Großen Rat besprochen wurde, darüber erfahren wir aus den Nachlässen wenig. Eine konservative Parteiversammlung verlangte als Entschädigung für die von Bluntschli vorgeschlagene Reorganisation des Erziehungsrates die Aufhebung der besonders mißliebigen Schulsynode. Den Liberalen dagegen galt die Schulsynode als eine besonders wertvolle Errungenschaft der 30er Jahre; es verknüpften sich mit ihr die Erinnerungen an den Aufschwung des Schulwesens wie an die scharfe Opposition der Lehrer gegen die konservative Regierung. Ihre Aufhebung konnten sie deshalb nicht zulassen. Aber auch schon gegen den Vorschlag Bluntschlis bezüglich des Erziehungsrates erhoben sich Widerstände. Eine liberale Ver-

[166] Nr. 53.

[167] I. Bd., S. 354. Ebenso in Dok. Abr., S. 135.

sammlung beriet am 15. Juni über das Memoire Bluntschlis, das er Weiß übergeben hatte, und es zeigte sich dabei Mißtrauen gegen Bluntschlis Absichten[168].

Bluntschli bezeichnete später seine Nachgiebigkeit gegen die konservative Forderung, die Schulsynode aufzuheben, als Fehler, dessen Größe und Tragweite ihm zu spät klar geworden sei[169]. Der größere Fehler aber scheint gewesen zu sein, daß er, anstatt nur mit Zeitungsartikeln zu wirken und allzusehr auf den augenblicklichen Eindruck seiner Beredsamkeit zu vertrauen, seine «Motion betreffend Reorganisation des Erziehungsrates und Aufhebung der Schulsynode»[170] vorbrachte, ohne das Kompromiß vorher schon durch private Besprechungen endgültig vorbereitet zu haben. Gelang diese Vorbereitung nicht, so wäre es viel besser gewesen, die Sache ganz fallen zu lassen. So setzte er sich dem gefährlichen Eindruck einer persönlichen Niederlage aus. Daß er seit längerer Zeit die Unterhandlungen mit Weiß nicht weitergeführt hatte, vielleicht weil er eine Kompromittierung vor seinen konservativen Parteifreunden fürchtete, beweisen die Verhandlungen des Großen Rates wie auch die oben angeführte Stelle im Briefe Fr. Rohmers vom 2. August.

Kurz vor der Herbstsitzung des Rates vom 24. bis 26. September kündigte der «Beobachter» die Motion an und forderte zu Konzessionen auf beiden Seiten auf[171]. Ungünstig war aber für solche Konzessionen, daß gerade die letzte Schulsynode wieder sehr scharf Stellung gegen den Erziehungsrat genommen hatte[172].

Im Großen Rat[173] begründete Bluntschli seine Motion zunächst mit einer längeren Rede. Der Inhalt der Debatten ist für unsere Darstellung belanglos. Furrer, Weiß und Zehnder opponierten Bluntschli. Weiß erklärte, nur von der Reorganisation des Erziehungsrates, nichts aber von einer beabsichtigten

---

168 Zimmermann, S. 151.
169 D., I. Bd., S. 356.
170 Als Sonderbroschüre erschienen Zürich 1844. 16 S.
171 Nr. 77; 24. September.
172 Zimmermann, S. 147 ff.
173 Gr.-R.-Pr. Nr. 34—37, S. 138 ff.

Aufhebung der Schulsynode vorher gewußt zu haben. Er hatte deshalb bis zu einem gewissen Grade recht, wenn er Mißtrauen bekundete und die Motion als hingeworfenen Fehdehandschuh betrachtete. Die Motion wurde denn auch mit 94 gegen 90 Stimmen verworfen. Der « Beobachter » erklärte dieses Ergebnis damit, daß 5 Konservative aus Liebe zur Ruhe, die sie gefährdet glaubten, mit den Radikalen gestimmt hätten.

Aber selbst bei einer kleinen Mehrheit wäre ja der taktische Zweck Bluntschlis nicht erreicht gewesen. Im Gegenteil, der erbitterte Kampf wäre wohl wieder aufs neue ausgebrochen.

Bluntschli täuschte sich anfänglich noch über seinen schweren politischen Fehler hinweg. Er schrieb an Rohmer:

Zürich, den 27. September 1844.

... Die gestrige Niederlage war mir in vieler Hinsicht ganz recht. Der Eindruck der Motion war doch liberal. Sie fiel teils wegen der Schwäche einiger sog. Konservativen und wegen des Mißtrauens und der Angst der Radikalen. Sie fürchteten die absolut[istische] Volkswut.

Die Idee aber ist doch eingedrungen und die Konservativen haben eingesehen, wo sie stehen.

Seit einiger Zeit habe Schultheß den « Beobachter » neben seiner « Wochenzeitung » besorgt, dabei aber Fehler gemacht, die Radikalen zu sehr gereizt. Das verzeihe man aber ihm, Bluntschli, am wenigsten.

Alles das ist erst jetzt recht klar. Ich habe übrigens auch Schuld an den Fehlern.

Ich bin nun entschlossen. Der « Beobachter » muß liberal werden; und es muß das protestantische Element durchaus mehr hervor. Ich habe früher oft davon gesprochen. Das Handeln ist schwerer; doch soll nun gehandelt werden.

Nur hier (in eidgen.-liberalem Auftreten) ist noch eine Zukunft. Mit absolutistischen Aufreizungen wird der Radikalismus nicht mehr besiegt.

Folge wird sein, daß ich selber mich des « Beob. » wieder mehr annehmen muß. Gysi ist einverstanden mit der Wendung; aber es ist für ihn zu schwer, allein sie durchzuführen. Wo ich Zeit finden soll, weiß ich freilich nicht.

Schleuniger ist in Luzern von beiden Fraktionen der sog. Konservativen im Stiche gelassen und gibt für ein paar Jahre es auf, zu wirken. Er will nach München.

Muralt hat von M.[ünchen] die Nachricht mitgebracht, Sie seien ein Jesuit (!!) ... [174].

Th. Rohmer schrieb Bluntschli aus München am 3. Oktober 1844, die Niederlage sei nur deshalb als Niederlage empfunden worden, weil es eine so kleine Minderheit gewesen sei. Er könne sich übrigens Bluntschlis Absicht, eine Abstimmung im Volke zu riskieren, wenn die Sache durchgegangen wäre, nicht erklären, da er sonst doch so sehr für die Ruhe des Kantons sei. Merkwürdig sei, daß das Glück Bluntschli zum ersten Mal untreu geworden sei, nachdem Friedrich erklärt habe, die Schweiz sich selbst zu überlassen [175].

Bluntschli antwortete Friedrich:

Zürich, den 5. Oktober 1844.

... Meine Motion war doch nicht so gewagt, als es Ihnen in der Ferne scheint und das Resultat gar nicht so bedenklich...

Ich hatte wirklich vorher alle Chancen überlegt; und ich gestehe es, die eingetretene ist mir gar nicht unlieb gewesen. Der Inhalt der Motion kann jetzt ganz ruhig Wurzel fassen; das Volk macht sich jetzt — ohne heftige Opposition der Radikalen — mit den Grundgedanken vertraut. Und im Winter wird wesentlich in der durch die Motion gekennzeichneten Richtung vermutlich das Erziehungswesen doch neu reorganisiert werden. Die Wirkung der Motion war durchaus nachhaltig. Der Erziehungsrat muß nun selber handeln.

Eine kleine Minderheit wäre mir gar nicht lieb gewesen. Solche Feinheiten versteht ein demokratisches Volk nicht. Zur Abstimmung wäre die Verfassungsänderung nur dann gekommen, wenn dieselbe zu wagen gewesen wäre. Bis dahin gab es noch viele Möglichkeiten einer Wendung in der Operation.

Daneben habe ich für die Zukunft den Puls der Parteien und des Volks fühlen wollen; und das ist mir in einem hohen Maße durch die Motion gelungen.

Ohne dieselbe hätte ich mich kaum so bestimmt für eine Frontveränderung entscheiden können; und ohne dieselbe wäre diese auch viel länger unverständlich geblieben.

Bisher wurde den Radikalen gegenüber durchaus konservativ operiert und ein abstoßender heftiger Kampf auf Tod und Leben geführt. Die liberalen Regungen wurden verhüllt. Form der Verteidigung war bei uns die einzige.

---

[174] R.-A.

[175] R.-A.

Das Gefühl, daß die Zeit dieses bis jetzt notwendigen Kampfes vorüber sei, ist unter allen weiter Sehenden und richtiger Fühlenden aller Parteien entschieden.

Wenn die Vorortsjahre Früchte bringen sollen, so muß der Kanton im Innern als wesentlich befriedigt erscheinen.

Daher muß ein Abschluß kommen. Die Motion war nur ein äußerlich unvorbereiteter und daher äußerlich mißlungener, innerlich aber gelungener erster Schritt der Art.

Die neue Operation kann nur sein: auf konservativer Grundlage liberal agieren.

Wird richtig operiert, so ist es mit dem Radikalismus definitiv aus. Und es ist ziemlich gleichgültig, ob die Wahlen von 1846 ein wenig mehr konservativ oder radikal ausfallen.

Wir unterhandeln gegenwärtig über eine höchst wichtige Veränderung in der Presse. Ich hoffe, Ihnen in kurzer Zeit Näheres darüber zu berichten. Die Operation liegt ganz auf der bezeichneten Richtung...[176].

Ein interessanter Brief H. Schultheß' an Rohmer vom 16. Oktober 1844[177] meldete, daß sich unter den «Absolutisten» der konservativen Partei starker Ärger über die Motion zeige, mit der Bluntschli zum ersten Mal unabhängig und ohne Rücksicht auf sie gehandelt habe. Mit Spöndli, früher einem engeren Anhänger Bluntschlis, sei es in einer Gesellschaft zu einem persönlichen Zusammenstoß gekommen, so daß Bluntschli erklärt habe, ohne eklatante Satisfaktion der Partei sich zurückziehen zu wollen. Die Absolutisten würden sicher zu Kreuze kriechen, aber ein tiefer Groll werde bleiben.

Diese Briefe beweisen, daß sich in Bluntschli schon lange vor seiner Auswanderung nach Deutschland eine Wendung zu liberalem Auftreten vollzog, daß er überhaupt vielleicht mehr durch die Parteieinflüsse gezwungen war, sich nach außen konservativ zu zeigen, als daß er wirklich innerlich konservativ empfunden hätte. Seine ganze Regierungstätigkeit hindurch befand er sich bald mehr, bald weniger in der heikeln Lage des Politikers, welcher aus begreiflichem Geltungsstreben heraus in eine Regierung eintritt, die sich auf eine ihm doch nicht völlig zusagende Partei stützt.

---

[176] R.-A. Die letzten Worte beziehen sich auf die Gründung der «Eidgen. Zeitung».

[177] Bl.-A.

Die Briefe zeigen aber auch, daß Bluntschli niemals hoffen durfte, die Parteien 1 + 1 zu 2 zusammenaddieren zu können, sondern daß er, selbst wenn er Bürgermeister geworden wäre, keine ausschlaggebende, vielmehr eine vorsichtig passive Rolle in der Schweiz hätte spielen müssen. Daß dies weder lange möglich gewesen wäre noch auch der Art Bluntschlis entsprochen hätte, liegt auf der Hand.

(Schluß folgt.)